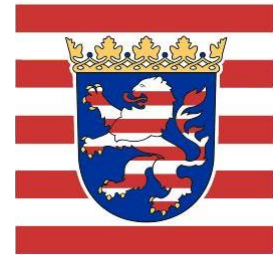




HESSEN



Bericht aus Brüssel

13/2022 vom 01.07.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	12
Energie.....	13
Digital.....	13
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	16
Finanzen.....	18
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	21
Umwelt.....	22
Landwirtschaft.....	26
Justiz.....	27
Inneres.....	28
Bildung und Kultur.....	33
Veranstaltungen.....	34
Vorschau.....	38

Europäischer Rat; Westbalkan-Gipfel am 23.06.2022

Die EU-Staats- und Regierungschefs kamen am 23.06.2022 im Vorfeld des Europäischen Rates (ER) mit Serbien, dem Kosovo, Nordmazedonien, Albanien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina zum Westbalkan-Gipfel in Brüssel zusammen. Ziel des Treffens war, die EU-Perspektive der Staaten zu betonen und ihren Beitrittsprozess wieder zu beleben. Eine gemeinsame Abschlusserklärung wurde nicht verabschiedet. Der ER erklärte aber auf seiner anschließenden Tagung, er sei bereit, Bosnien-Herzegowina den EU-Beitrittskandidatenstatus zu gewähren und forderte die Kommission auf, dem Rat unverzüglich über die Umsetzung der in ihrer Stellungnahme enthaltenen 14 zentralen Prioritäten Bericht zu erstatten. Dabei soll besonderes Augenmerk auf diejenigen Prioritäten gelegt werden, die „einen beträchtlichen Satz von Reformen“ bilden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2022/06/23/>

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 23./24.06.2022

Der Europäische Rat (ER) tagte am 23./24.06.2022 in Brüssel. Im Mittelpunkt des Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs stand erneut der russische Krieg in der Ukraine in allen seinen Dimensionen, sowie die EU-Beitrittsanträge der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens. Der ER hat der Ukraine und der Republik Moldau den EU-Beitrittskandidatenstatus gewährt. Georgien wird dieser in Aussicht gestellt, wenn das Land die von der Kommission in ihrem Votum vom 17.06.2022 genannten prioritären Reformschritte unternommen hat. Der seit Jahren laufende Beitrittsprozess des Westbalkans soll beschleunigt werden. Der ER mahnt aber auch Reformen an, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz und der Korruptionsbekämpfung und fordert, bilaterale und regionale Konflikte auf dem Westbalkan zu lösen. Bosnien-Herzegowina wird der EU-Kandidatenstatus in Aussicht gestellt, wenn es weitere Reformprioritäten erfüllt. Der ER sichert der Ukraine erneut weitere Unterstützung, einschließlich einer Aufstockung der militärischen Hilfe, zu. Die Arbeiten zu Sanktionen werden fortgesetzt, u.a. um die Durchführung der Sanktionen zu stärken und deren Umgehung zu verhindern. Drittstaaten, insbesondere Kandidatenländer, werden aufgefordert, sich den EU-Sanktionen anzuschließen. Die Kommission soll zügig Vorschläge für die EU-Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine vorlegen. Der ER betont, dass allein Russland für die Nahrungsmittelkrise verantwortlich ist, und fordert, den Export von Weizen aus der Ukraine zuzulassen. Der ER hat außerdem eine strategische Aussprache über die Beziehungen der EU zu ihren Partnern in Europa geführt und den Vorschlag zur Gründung einer europäischen politischen Gemeinschaft erörtert, ohne in der Sache Beschlüsse zu fassen. Es soll eine Plattform für politische Koordinierung sein, der sich „alle europäischen Länder, zu denen wir enge Beziehungen unterhalten“, anschließen können. Sie soll den politischen Dialog und die Zusammenarbeit fördern. Das neue Format werde, so betont der ER, den EU-Erweiterungsprozess nicht ersetzen und die Beschlussfassungsautonomie der EU „in vollem Umfang“ achten. Mit Blick auf die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas fordert er „wirksame Folgemaßnahmen“ im Rahmen der Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen. Der ER hat die länderspezifischen Empfehlungen gebilligt, sodass das Europäische Semester 2022 abgeschlossen werden kann. Er würdigt, dass KRO alle im Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien erfüllt und stimmt zu, dass KRO zum 01.01.2023 den Euro einführt. Der Rat wird ersucht, die entsprechenden Kommissionsvorschläge rasch anzunehmen. Mit Blick auf die hohen Energiepreise wiederholt der ER seine Aufforderung an die Kommission, Wege zur Preisbegrenzung zu eruieren, einschließlich der Machbarkeit zeitlich beschränkter Preisbegrenzungen

für Importe. Angesichts dessen, dass Russland Gas zur Waffe macht, ersucht er die Kommission, ihre Anstrengungen zur Sicherung der Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen fortzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/06/23-24/>

Euro-Gipfel; Ergebnisse der Tagung am 24.06.2022

Der Euro-Gipfel tagte im Anschluss an den Europäischen Rat im inklusiven Format am 24.06.2022. Er verabschiedete eine kurze Erklärung. Darin betont er, dass der russische Angriffskrieg zu hohen Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreisen und zunehmender Unsicherheit führt; dies sind Faktoren, die das Wachstum dämpfen und den Inflationsdruck weltweit verschärfen. Die Euro-Gruppe wird ersucht, die wirtschaftlichen Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen. Der Euro-Gipfel begrüßt die Erklärung der Euro-Gruppe zur Zukunft der Bankenunion, die vorsieht, dass sich die Arbeit an der Bankenunion in einem ersten Schritt auf die Stärkung des gemeinsamen Rahmens für das Krisenmanagement von Banken und die nationalen Einlagensicherungssysteme fokussiert. Er fordert die Kommission auf, Legislativvorschläge vorzulegen, um die Stärkung des Rahmens vor dem Ende des laufenden institutionellen Zyklus abzuschließen. Die Zusage der Euro-Gruppe, anschließend in einvernehmlicher Weise mögliche weitere Maßnahmen in Bezug auf die anderen noch ausstehenden Elemente zur Stärkung und Vollendung der Bankenunion zu ermitteln, wird begrüßt. Schließlich ruft der Euro-Gipfel dazu auf, die Bemühungen um eine Vertiefung der Kapitalmarktunion zu verstärken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/euro-summit/2022/06/24/>

Kommission; Umsetzung der Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas

Die Kommission hat am 17.06.2022 in einer Mitteilung ihren weiteren Fahrplan für die Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Darin bewertet sie, was für die Umsetzung der Vorschläge nötig ist, welche Schritte sie plant, welche Lehren sie aus der Konferenz zieht und wie sich die partizipative Demokratie in die Politik sowie die Rechtssetzung der EU besser einbinden lässt. Aufbauend auf dem Erfolg der europäischen Bürgerforen in der Konferenz plant die Kommission beispielsweise, die Bürgerforen in die Lage zu versetzen, bestimmte wichtige Vorschläge im Vorfeld zu erörtern und Empfehlungen dazu abzugeben. Der Abschlussbericht der Konferenz enthält 49 breit gefächerte, zukunftsorientierte Vorschläge und 326 einzelne Maßnahmen. Von den EU-Organen und den Mitgliedstaaten weiter zu verfolgende Maßnahmen sollen sich mit neun Themenbereichen befassen: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitaler Wandel, Demokratie in Europa; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Diese werden nun von der Kommission Bereich für Bereich bewertet. Dies geschieht in vier Kategorien, die den Gegenstand der Vorschläge bereits behandeln (z. B. das Europäische Klimagesetz), Initiativen, die schon von der Kommission vorgeschlagen wurden sowie nun vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden müssen (z. B. das neue Migrations- und Asylpaket), geplante Maßnahmen, mit denen die Ideen umgesetzt werden und in die neuen Überlegungen aus der Konferenz einfließen werden (z. B. der Rechtsakt zur Medienfreiheit) und durch die Vorschläge angeregte neue Initiativen oder Arbeitsbereiche, die in die Zuständigkeit der Kommission fallen (z. B. Fragen der psychischen Gesundheit). Die ersten neuen Vorschläge sollen im September 2022 in der Rede zur Lage der Union von Präsidentin von der Leyen sowie in der dazugehörigen Absichtserklärung vorgestellt werden. Die Vorschläge sollen dann in das Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 und darüber hinaus aufgenommen werden. Um die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger an der Konferenz auf dem Laufenden zu halten, soll im Herbst 2022 eine

Feedback-Veranstaltung organisiert werden. Sie soll die Gelegenheit bieten, über die Follow-Up-Tätigkeiten der drei EU-Institutionen zu berichten und sie zu erläutern sowie eine Bestandsaufnahme der Fortschritte in diesem Stadium des Prozesses vorzunehmen.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication_1.pdf

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Strategische Partnerschaft mit den Golfstaaten

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ hat sich am 20.06.2022 unter anderem mit einer strategischen Partnerschaft mit den Golfstaaten befasst und dazu Schlussfolgerungen angenommen. Ziel sei es laut den Schlussfolgerungen, eine strategische Partnerschaft mit dem Golf-Kooperationsrat und seinen Mitgliedstaaten aufzubauen. Eine verstärkte und vertiefte Zusammenarbeit zwischen der EU und den Partnern in der Golfregion sei für die EU von zentraler Bedeutung und läge im gemeinsamen Interesse, um eine Reihe globaler und regionaler Herausforderungen gemeinsam mit den Partnern in der Golfregion zu bewältigen. Die Schlussfolgerungen des Rates und die Mitteilung der Kommission bieten nun einen operativen Fahrplan für eine strategische Partnerschaft in einer Vielzahl von wichtigen Politikbereichen wie Klimawandel und grüner Wandel, Energiesicherheit und eine starke Antwort auf globale humanitäre und entwicklungspolitische Bedürfnisse sowie globale und regionale Sicherheitsherausforderungen. Die zwischenmenschlichen Kontakte seien ebenso ein zentraler Bestandteil der verstärkten Partnerschaft der EU mit der Golfregion. Eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur, Jugend, Stärkung der Rolle der Frau, Menschenrechte und Visaerleichterungen seien wichtige Bestandteile dieser Zusammenarbeit. In Anbetracht der jüngsten politischen Dynamik betont der Rat weiter, dass der politische Dialog und die institutionelle Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat weiter gestärkt und ausgebaut werden müsse.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/20/council-approves-conclusions-on-a-strategic-partnership-with-the-gulf/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 22.-23.06.2022 in Brüssel

Erwartungen an den Europäischen Rat vom 23. bis 24. Juni

Am 22.06.2022 haben die MdEP in einer Plenardebatte mit der französischen Ratspräsidentschaft und Kommissionspräsidentin von der Leyen ihre Erwartungen an den Europäischen Rat vom 23. bis 24.06. dargelegt. Angesichts der Aggression Putins und des Engagements der ukrainischen, moldauischen und georgischen Bevölkerung für ihre europäische Zukunft forderte eine überwältigende Mehrheit der MdEP die Mitgliedstaaten auf, allen drei Ländern den Weg zum Beitritt zu öffnen. Fast alle Redner sprachen sich dafür aus, ihnen den Kandidatenstatus zu gewähren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-06-22-ITM-015_DE.html

Status der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens als Bewerberländer

Mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 529 - 45 - 14 nahm das EP am 23.06.2022 eine Entschließung an, in der die Staats- und Regierungschefs aufgefordert werden, der Ukraine und der Republik Moldau „unverzüglich“ den Status

eines Bewerberlandes zu gewähren. Georgien sollte derselbe Status eingeräumt werden, „sobald seine Regierung bei den von der Kommission angegebenen Schwerpunktbereichen Ergebnisse erzielt hat“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0249_DE.html

Fit for 55 – Paket

Das EP nahm am 22.06.2022 seinen Standpunkt zu drei zentralen EU-Gesetzesvorhaben an, die zum Klimaschutzpaket „Fit für 55 bis 2030“ gehören: Reform des Emissionshandelssystems, CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und Klima-Sozialfonds. Mit dem Paket will die EU die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 senken und im Einklang mit dem Europäischen Klimagesetz bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreichen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-06-22-TOC_DE.html

Gasspeicher

Als Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine sollen die strategischen Gasreserven der EU vor dem Winter schneller aufgefüllt werden, um die Energieversorgung zu sichern. Dafür soll eine neue Verordnung sorgen, auf die sich die Ministerinnen und Minister der EU schon geeinigt haben und die am 23.06.2022 vom EP im Rahmen des Berichts von MdEP Cristian Buşoi (EVP/ROM) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 490 - 47 - 55 angenommen wurde.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0251_DE.html

Bericht 2021 über Montenegro

Das EP fordert im Rahmen des Berichts von MdEP Tonino Picula (S&D/KRO) Montenegro auf, seine Wahl- und Justizreformen sowie den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption voranzutreiben. Die MdEP begrüßen das anhaltende Engagement Montenegros für die europäische Integration und bekräftigen ihren Standpunkt, dass die Fortschritte des Landes im Beitrittsprozess weiterhin von der Erfüllung der Bedingungen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit abhängen. In dem Fortschrittsbericht für 2021, der am 23.06.2022 mit einer Mehrheit von 506 - 50 - 35 angenommen wurde, zeigen sich die MdEP enttäuscht darüber, dass seit 2017 keines der Verhandlungen über 33 überprüfte Beitrittskapitel abgeschlossen werden konnte. Der Bericht fordert einen umfassenden politischen Dialog und das Engagement aller parlamentarischen Parteien in Montenegro, um das derzeitige polarisierte politische Klima zu überwinden. Die MdEP halten dies für entscheidend, um die politische Stabilität zu erreichen, die das Land benötigt, um seine wesentlichen Fortschritte bei den EU-bezogenen Reformen fortzusetzen, insbesondere bei den Wahlen und der Justizreform sowie bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0266_DE.html

Digitales COVID-Zertifikat der EU

Am 23.06.2022 stimmten die MdEP in Brüssel für eine Verlängerung der Regeln zum EU-COVID-Zertifikat für weitere 12 Monate. Mit einer Mehrheit von 453 - 119 - 19 wurden die Regeln für EU-Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verlängert, mit einer Mehrheit von 454 - 112 - 20 die Auflagen für Drittstaatsangehörige.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0252_DE.html

Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität

Das EP fordert, dass die Finanzierung des Wiederaufbaus transparent und an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft sein muss und dass eine maximale Rendite der EU-Investitionen gewährleistet werden muss. Mit ihrem Bericht, der mit

einer Mehrheit von 420 - 90 - 83 angenommen wurde, wollen die MdEP Einfluss auf die bevorstehende Überprüfung der Umsetzung der Fazilität für Aufbau und Resilienz (ARF) durch die Kommission nehmen, die bis zum 31.07.2022 erwartet wird. Die MdEP fordern die Kommission auf, einen starken Prüfungs- und Überwachungsmechanismus für die Ausgaben, die Umsetzung und die Datenverwaltung der Fazilität sicherzustellen. Dies würde Missbrauch, Doppelfinanzierung oder die Überschneidung von Zielen mit anderen EU-Finanzierungsprogrammen verhindern. Sie betonen, dass die Rechtsstaatlichkeit, der Schutz der Werte der EU und die wirtschaftliche Verwaltung von EU-Mitteln eine kontinuierliche Bewertung während des gesamten Lebenszyklus der Sonderfazilität erfordern. Es sollte möglich sein, bereits ausgezahlte Mittel zu stoppen oder zurückzufordern, wenn diese Kriterien nicht eingehalten werden. Die Investitionen der Sonderfazilität für regionale Entwicklung in den grünen Wandel und die digitale Transformation sollten dazu beitragen, die strategische Autonomie und Unabhängigkeit der EU zu erhöhen und insbesondere ihre Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu verringern. Die MdEP fordern jedoch mehr grenzüberschreitende Projekte, wie z.B. die Verbesserung des Verbunds der europäischen Gas- und Stromnetze und die vollständige Synchronisierung der Stromnetze. Sie betonen die Rolle der Sonderfazilität für erneuerbare Energien bei der Einführung von REPowerEU und erklären, dass die im Rahmen der Sonderfazilität für erneuerbare Energien verfügbaren Darlehen genutzt werden könnten, um diese Projekte zu ergänzen und Investitionen in die Energiewende in der EU voranzutreiben. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0264_DE.html

Ansprache von Hakainde Hichilema, Präsident der Republik Sambia

Sambias Präsident Hakainde Hichilema bedankte sich am 23.06.2022 in seiner Rede vor den MdEP für die Unterstützung des Parlaments, sprach sich für engere Beziehungen zur EU aus und verurteilte den Krieg gegen die Ukraine. Bei der Vorstellung von Präsident Hichilema sagte EP-Präsidentin Roberta Metsola, Sambia stehe als Beispiel für eine reife Demokratie für den gesamten afrikanischen Kontinent. In der gegenwärtigen unruhigen geopolitischen Lage und angesichts der Bemühungen Russlands, seinen Einfluss in Afrika zu vergrößern, müsse Sambias Fortschritt mehr denn je unterstützt werden. Metsola erinnerte die MdEP auch daran, dass das Parlament 2017 eine Entschließung angenommen hatte, in der die Inhaftierung von Präsident Hichilema aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen verurteilt wurde. "Sambia ist zurück im Geschäft, in der Champions League", sagte Präsident Hichilema und bezog sich dabei auf die Ergebnisse der jüngsten Wahlen. Er bekräftigte das Engagement Sambias, die Interessen der Menschen, Reformen, freie Medien, Rechtsstaatlichkeit, Jugend und Bildung an die Spitze seiner politischen Agenda zu stellen. Er plädierte für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU, für mehr Handel und mehr Wissensaustausch. "Wir sagen kategorisch Nein zum Krieg in der Ukraine. Es ist tragisch und herzerreißend, mit ansehen zu müssen, wie Tausende von Menschen durch einen vermeidbaren Konflikt in der Ukraine ihr Leben lassen mussten und Millionen von Menschen unnötigerweise vertrieben wurden", sagte Präsident Hichilema, als er über Frieden und Sicherheit in der Welt sprach. Er fügte hinzu, dass die Auswirkungen des Krieges in seinem Land in Form von höheren Kraftstoff-, Lebensmittel- und Düngemittelpreisen zu spüren seien, und er forderte alle Parteien auf, sich mehr darauf zu konzentrieren, das Leben der Menschen zu verbessern, anstatt Krieg zu führen. Präsident Hichilema bot auch seine Hilfe bei der Überwindung der Lebensmittelknappheit an. Präsident Hichilema drückte auch seine tiefe Dankbarkeit für die Unterstützung des EP für ihn und für Sambia während seiner Inhaftierung und der dunklen Tage der demokratischen Entwicklung Sambias aus. "Ich bleibe Ihnen zu Dank verpflichtet, weil Sie sich für die Menschenrechte und die Freiheit

aller Menschen in Sambia eingesetzt haben", sagte er.
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-06-23-ITM-006_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 21.06.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur in Brüssel statt. Dabei fand ein Meinungsaustausch zur „Zukunft der Jugendpolitik in der EU“ statt.
<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182229&meetingSessionId=2228057>

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 23./24.06.2022 fand eine auswärtige Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen in Alimos (GRI) statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Überarbeitung der Governance des Schengen-Raums“, „Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität“ sowie „Förderung der Klimadiplomatie auf subnationaler Ebene im Vorfeld der COP 27 und der COP 28“ statt.
<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2184524&meetingSessionId=2231139>

AdR; 150. AdR-Plenarsitzung

Am 29./30.06.2022 fand das 150. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Becker teil. Es handelte sich gleichzeitig um die Sitzung in der Mitte der siebten Mandatsperiode des AdR. Daher wurde turnusgemäß Vasco Alves Cordeiro (SPE/PTL), Mitglied der Regionalversammlung der Azoren, zum Präsidenten des AdR gewählt und Apostolos Tzitzikostas (EVP/GRI), Gouverneur von Zentralmazedonien, wurde zum Ersten Vizepräsidenten des AdR gewählt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Entschließung zu den Vorschlägen des Europäischen Ausschusses der Regionen zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2023“, „die neue Strategie der EU für die Arktis“, „Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit“, „Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021–2030)“, „Erweiterungspaket 2021“, „Erläuterung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas und ihrer Folgemaßnahmen“, „Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“, „Grüner Wandel – Verhältnis zwischen sozialer Akzeptanz und Umwelterfordernissen aus dem Blickwinkel der Städte und Regionen im Interesse der Schaffung resilienten Gemeinwesens“, „Umweltgerechte Haushalte auf lokaler und regionaler Ebene“ sowie „Europäisches Datengesetz“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Mit Ivan Bartoš, stellvertretender Ministerpräsident für Digitalisierung und Minister für regionale Entwicklung der CZR, mit Nicolas Schmit, für Beschäftigung und soziale Rechte zuständiges Mitglied der Kommission sowie mit Olexij Tschernyschow, Minister für Kommunikation und ländliche Entwicklung der Ukraine.

Kommission; Gemeinschaftsunternehmen von Volvo, Traton und Daimler Truck genehmigt

Die Kommission hat mit Beschluss vom 17.06.2022 unter Berücksichtigung der EU-Fusionskontrollverordnung die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von Volvo, Traton und Daimler Truck genehmigt. Dieses Gemeinschaftsunternehmen verfolgt das Ziel, ein öffentlich zugängliches Ladenetz (CPO) für batteriebetriebene schwere Lastkraftwagen und Reisebusse entlang wichtiger Autobahnen und logistisch wichtiger Punkte in zwölf europäischen Mitgliedstaaten aufzubauen und zu betreiben. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_22_3826

Rat; Sitzung des Rats Auswärtige Angelegenheiten (Handel) – Ergebnisse der 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO)

Der Rat hat am 17.06.2022 die Ergebnisse, die auf der am 17.06.2022 abgeschlossenen 12. Ministerkonferenz der WTO erreicht wurden, begrüßt. Die Ergebnisse beinhalten eine Einigung auf ein multilaterales Übereinkommen zur Beendigung schädlicher Fischereisubventionen sowie auf spezifische nächste Schritte zur WTO-Reform, einschließlich der Wiederherstellung einer voll funktionsfähigen Streitbeilegungsfunktion für die Organisation. Ferner wurde eine Erklärung über die Reaktion auf die Pandemie und die künftige Vorsorge zusammen mit einer Befreiung von bestimmten Verpflichtungen zum Schutz des geistigen Eigentums bei COVID-19-Impfstoffen vereinbart. Schließlich wurde eine Übereinkunft darüber erzielt, das Moratorium bei den Einfuhrzöllen im elektronischen Handel bis zur nächsten WTO-Ministerkonferenz zu verlängern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/17/council-conclusions-at-the-end-of-the-12th-world-trade-organization-ministerial-conference/>

Rat; Annahme des Vorschlags für ein neues Instrument für das internationale Beschaffungswesen

Der Rat hat am 17.06.2022 den Verordnungsvorschlag zur Förderung der Gegenseitigkeit beim Zugang zu internationalen Märkten für öffentliche Aufträge angenommen. Das Instrument für das öffentliche Beschaffungswesen (IPI) soll für mehr Gegenseitigkeit bei der Öffnung der Märkte für öffentliche Aufträge sorgen. Es soll der Kommission Befugnisse zur Durchführung von Untersuchungen übertragen. Stellt die Kommission fest, dass europäischen Unternehmen der Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten eines Drittlands verwehrt wird, wird sie zunächst Konsultationen mit dem betreffenden Drittland einleiten. Bleiben die Hindernisse weiter fortbestehen, kann sie als Reaktion Maßnahmen verhängen, die den Zugang von Unternehmen aus diesem Drittland zu den Beschaffungsmärkten der EU einschränken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/17/international-procurement-instrument-council-gives-final-go-ahead-to-new-rules-boosting-reciprocity/>

Eurostat; Produktion im Baugewerbe in der EU um 1,2% gesunken

Am 20.06.20 hat das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) den monatlichen und jährlichen Vergleich der Bautätigkeiten im Euroraum und für die EU veröffentlicht. Im Vergleich zu März 2022 sank die Produktion im Baugewerbe im Euroraum um 1,1% und in der EU um 1,2%. In DEU ist die Produktion im Baugewerbe sogar im Vergleich zum Vormonat um 2,1% gesunken. Der Jahresvergleich zeigt für die EU und den Euroraum auf, dass verglichen mit der Produktion im Vorjahr (April 2021) die Produktion im Baugewerbe um 3% gestiegen ist.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14644608/4-20062022-AP-DE.pdf/8eff64f3-ec5b-7b8d-053a-3268c65b0f20>

Rat; Beschluss über Abschluss eines Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und Neuseeland

Der Rat hat am 20.06.2022 einen Beschluss über den Abschluss eines Partnerschaftsabkommens über die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und Neuseeland angenommen. Das Abkommen sieht eine Zusammenarbeit in einem breiten Spektrum von Bereichen vor, wie Menschenrechte, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismusbekämpfung, Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Gesundheit, Umwelt, Klimawandel, Energie, Bildung und Kultur, Arbeit, Katastrophenrisikomanagement, Fischerei und maritime Angelegenheiten, Verkehr, justizielle Zusammenarbeit und die Bekämpfung der Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, organisierter Kriminalität und Korruption vor.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15470-2016-INIT/de/pdf>

EuG; Bestätigung des Verbots des Zusammenschlusses von Thyssenkrupp und Tata Steel

Das Gericht der EU (EuG) hat mit Urteil vom 22.06.2022 in der Rechtssache T-584/19 den Beschluss der Kommission vom 11.09.2019 bestätigt, mit dem der geplante Zusammenschluss von Thyssenkrupp und Tata Steel untersagt wurde. Am 25.09.2018 meldeten die beiden Unternehmen ihr Vorhaben zur Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen nach der EU-Fusionskontrollverordnung bei der Kommission an. Die Kommission erklärte mit o.a. Beschluss das Vorhaben für mit dem Binnenmarkt und dem Europäischen Wirtschaftsraum unvereinbar. Die Kommission war der Auffassung, dass das Vorhaben insbesondere wegen horizontaler nichtkoordinierter Effekte infolge des Wegfalls eines starken Wettbewerbsdrucks einen wirksamen Wettbewerb erheblich beeinträchtigen würde. Dagegen erhob Thyssenkrupp Klage beim EuG. In seinem Urteil weist das EuG das gesamte Vorbringen von Thyssenkrupp zurück.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-584/19>

EuG; Corona-Beihilfen an Finnair sind rechters

Das Gericht der EU (EuG) hat mit Urteil vom 22.06.2022 in der Rechtssache T-657/20 Ryanair gegen die Kommission entschieden, dass der Beschluss der Kommission vom 09.06.2022 zur Genehmigung einer von FIN angemeldeten Beihilfe in Höhe von 286 Mio. EUR zur Rekapitalisierung von Finnair rechtmäßig war. Ryanair hatte gegen den o.a. Beschluss geklagt. Das EuG stellte insbesondere fest, dass Ryanair keine Zweifel an der Vereinbarkeit der streitigen Maßnahme mit dem Binnenmarkt in Bezug auf die Beurteilung der Marktmacht von Finnair in Bezug auf die von der Kommission vorgenommene Beurteilung der Marktmacht von Finnair auf den fraglichen Märkten vorgebracht hat. Auch alle anderen Beschwerden wies das EuG aus Begründungsmängeln zurück. Damit wies das EuG die Klage von Ryanair in vollem Umfang ab.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-657/20>

Kommission; Plan für nachhaltigeres Handeln in der EU

Die Kommission hat am 22.06.2022 im Rahmen einer Mitteilung „Die Kraft der Handelspartnerschaften: Gemeinsam für ein grünes und gerechtes Wirtschaftswachstum“ ihren Plan vorgestellt, um den EU-Handel grüner, fairer und nachhaltiger zu gestalten und durch Handel weltweit zum Klimaschutz beizutragen. Konkret will die Kommission die Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung

(„Trade and Sustainable Development“) in den EU-Handelsabkommen besser umsetzen und durchsetzen. Dazu sollen u.a. die Durchsetzungsmaßnahmen ausgebaut werden. Zudem soll als letztes Mittel aber auch eine Möglichkeit der Sanktionierung geschaffen werden, wenn wesentliche Verstöße gegen das Pariser Klimaabkommen oder die grundlegenden Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vorliegen.

<https://circabc.europa.eu/ui/group/8a31feb6-d901-421f-a607-ebbdd7d59ca0/library/8c5821b3-2b18-43a1-b791-2df56b673900/details>

EP; Annahme des Initiativberichts zur Zukunft der Auslandsinvestitionspolitik der EU

Das Plenum des EP hat am 23.06.2022 den Initiativbericht von MdEP Anna Cavazzini (Grüne/DEU) zur Zukunft der Auslandsinvestitionspolitik der EU mit 436 Ja-Stimmen, bei 69 Gegenstimmen und 71 Enthaltungen angenommen. Der Bericht befasst sich explizit mit Themenfeldern wie Marktzugang, Investitionserleichterung, die Vereinbarkeit der internationalen Investitionsabkommen mit den Prioritäten der EU, den sogenannten reformierten Ansatz in der Handelspolitik, die Ratifizierung der internationalen Investitionsabkommen, bilaterale Investitionsabkommen, den Vertrag über die Energiecharta, die multilateralen Bemühungen um die Reform des Investitionsschutzes sowie eine EU-Investitionspolitik jenseits der Einschaltung von Gerichten bei Investor-Staat-Streitigkeiten. Im letztgenannten Themenfeld wird die Kommission nachdrücklich aufgefordert, eine EU-Strategie für Auslandsinvestitionen zu entwickeln, um Anreize für nachhaltige Investitionen in all ihren Dimensionen zu schaffen und diese zu schützen, ohne bei Investor-Staat-Streitigkeiten zwangsläufig Gerichte einzuschalten. Zudem soll das 2015 von der Kommission ausgearbeitete Investitionsschutzmodell im Einklang mit den Forderungen dieses Berichts aktualisiert werden. Dadurch soll ein Leitfaden für die Aushandlung neuer oder aktualisierter EU-Abkommen geschaffen werden. Mit Bezug auf die abgeschlossenen EU-Investitionsabkommen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, diese zu ratifizieren. Zudem wird die EU aufgefordert, gemeinsam mit den Partnerländern an der kontinuierlichen Überprüfung und Verbesserung ihrer internationalen Investitionsabkommen zu arbeiten, sobald diese in Kraft getreten sind, und sich dabei an den in diesem Bericht entwickelten Leitlinien zu orientieren. Das EP erwartet von den Mitgliedstaaten, dass sie dafür sorgen, dass die internationalen Investitionsabkommen mit den Werten und Zielen der EU in Einklang stehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0268_DE.html

Kommission; öffentliche Sondierung der Freistellung geringerer Beihilfebeträge

Die Kommission führt vom 27.06.2022 bis 25.07.2022 eine Sondierung zu den Vorschriften über die Freistellung geringer Beihilfebeträge, die sogenannten „De-minimis-Beihilfen“ durch. Solche geringen Beihilfebeträge, die unter „De-minimis“ fallen, müssen von den Mitgliedstaaten bei der Kommission nicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Die geltenden Vorschriften laufen zum 31.12.2023 aus.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13458-State-aid-exemptions-for-small-amounts-of-aid-de-minimis-aid-update-en>

Kommission; Vorschläge zur Verbesserung der Kohäsionspolitik zur Bewältigung der Folgen der russischen Aggression

Die Kommission hat am 29.06.2022 ein Paket an Maßnahmen zur Änderung der Vorschriften über die Kohäsionspolitik vorgelegt. Das vorgeschlagene Paket beinhaltet Änderungen der Rechtsvorschriften der Kohäsionspolitik für die Zeiträume 2014 bis 2020 und 2021 bis 2027. Konkret sollen die beiden entsprechenden sogenannten „Dachverordnungen“, d.h. die gemeinsamen Bestimmungen der Fonds in geteilter

Mittelverwaltung, wie der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung und der Europäische Sozialfonds plus geändert werden. Ziel der Änderungen ist die Bereitstellung der Unterstützung der Mitgliedstaaten (MS) für die Integration von Drittstaatsangehörigen, um diese weiter zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie gleichzeitig die Erholung der Regionen von der COVID-19-Pandemie zu fördern. Konkret schlägt die Kommission unter anderem vor, die Vorfinanzierungszahlungen an die MS zu erhöhen, die Möglichkeit einer 100%igen Kofinanzierung durch die EU auszuweiten und die Kostenübernahme zur Deckung der Grundbedürfnisse von Flüchtlingen zu erhöhen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/flexibler-auf-krisen-reagieren-einfachere-regeln-fur-eu-kohasionspolitik-2022-06-29_de

Kommission; Einigung auf Handelsabkommen mit Neuseeland

Am 30.06.2022 einigte sich die EU mit Neuseeland auf den Abschluss eines Handelsabkommens. Letzte Probleme im Bereich der Landwirtschaft wurden während des Besuchs der neuseeländischen Ministerpräsidentin Jacinda Ardern in Brüssel gelöst. Im Nachhaltigkeitskapitel des Freihandelsabkommens verpflichteten sich beide Seiten, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen und bei der CO₂-Bepreisung zusammenzuarbeiten, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu achten oder die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern. Bei ernstern Verstößen drohen echte Sanktionen – die Gegenseite kann als letztes Mittel die gewährten Zollerleichterungen aussetzen. Diese neuartigen Bestimmungen verleihen der Übereinkunft die eigentliche Bedeutung, ebenso wie die geopolitische Botschaft, dass die Demokratien zusammen stehen.

https://policy.trade.ec.europa.eu/news/key-elements-eu-new-zealand-trade-agreement-2022-06-30_en

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zu Meldeformalitäten in der Schifffahrt

Die Kommission stellt vom 20.06.2022 bis 18.07.2022 den Entwurf einer Durchführungsverordnung zu Meldeformalitäten in der Schifffahrt zur Kommentierung öffentlich zur Konsultation. Ziel der Initiative ist es, die Merkmale des europäischen Umfelds zentraler Meldeportale für den Seeverkehr inklusive der Spezifikationen, Standards und Verfahren für Komponenten, die allen nationalen Systemen gemeinsam sind, zu definieren und zu normen. Für Nutzerinnen und Nutzer aller Mitgliedstaaten soll durch die Verordnung ein einheitliches Meldeumfeld sichergestellt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12788-Meldeformalitaten-in-der-Schifffahrt-Spezifikationen-Standards-und-Verfahren-fur-das-europaische-Umfeld-zentraler-Meldeportale-fur-den-Seeverkehr_de

Kommission; öffentlich Sondierung zur Verlängerung von Betriebsbeihilfen für Regionalflughäfen

Die Kommission führt vom 23.06.2022 bis 21.07.2022 eine Sondierung zur geplanten begrenzten Verlängerung von Betriebsbeihilfen für Regionalflughäfen durch. Es geht dabei um eine Verlängerung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften von 2014 („Luftverkehrsleitlinien“). Die Kommission will den bisherigen Übergangszeitraum, in dem Betriebsbeihilfen für Regionalflughäfen auf der Grundlage von Art. 107 Abs. 3 Buchstabe c des Vertrages über die Arbeitsweise der EU nach den „Luftverkehrsleitlinien“ für mit dem Binnenmarkt vereinbart erklärt

werden können, um maximal drei Jahren, d.h. bis zum 04.04.2027 verlängern. Dies begründet sie mit den außergewöhnlichen Umständen der COVID-19-Pandemie.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13428-Luftverkehrsleitlinien-Verlangerung-von-Betriebsbeihilfen-fur-Regionalflyhafen-Reaktion-auf-COVID-19-de>

E n e r g i e

Kommission; Erklärung der EU und Norwegen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich

Die Kommission ist am 23.06.20 mit Norwegen zu einer gemeinsam verfassten Erklärung zur Stärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich übereingekommen. Aufgrund des akuten Handlungsbedarfs zur Stärkung der Energieunabhängigkeit, der Senkung der Energiepreise in der EU und in Norwegen, die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030, Europas Widerstandsfähigkeit gegen die negativen Folgen der russischen Invasion der Ukraine und des Klimawandels, soll die bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen der EU und Norwegen im Energiebereich im Hinblick auf die Entwicklung einer noch tieferen langfristigen Energiepartnerschaft weiter gestärkt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_22_3975

Rat; Allgemeine Ausrichtung zu Energieeffizienz- und Erneuerbaren Energienrichtlinie, Annahme der Gasspeicherverordnung

Der Rat für Energie erreichte am 27.06.2022 zwei allgemeine Ausrichtungen zu Vorschlägen, die die energiepolitischen Aspekte der Klimawende der EU im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ behandeln, der Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie und der Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Die vereinbarten höheren Ziele bei den erneuerbaren Energien steigen von 32% auf 40% bis 2030. Im Bereich der Effizienz soll der Energieverbrauch EU-weit deutlich sinken: Der Endenergieverbrauch bis 2030 um 36%, der Primärenergieverbrauch um 39%. Die Zielvorgaben stützen sich laut Rat auf eine neue Ausgangsbasis und entsprechen einem Reduktionsziel von 9% im Vergleich zu 2020. Diese sind wichtige Beiträge zur Verwirklichung des übergeordneten Ziels der EU, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Zur Sicherung der Versorgung nahm der Rat eine Verordnung an, mit der sichergestellt werden soll, dass die Gasspeicheranlagen der EU vor dem Winter aufgefüllt werden und von den Mitgliedstaaten solidarisch genutzt werden können.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10697-2022-INIT/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10488-2022-INIT/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-24-2022-INIT/de/pdf>

D i g i t a l

Kommission; neues Förderprogramm „Women TechEU“

Die Kommission hat am 21.06.2022 mitgeteilt, ein neues Förderprogramm, „Women TechEU“, aufgelegt zu haben. Das Programm richtet sich an Frauen, die Start-ups im Bereich der Spitzentechnologien aufbauen wollen, und unterstützt das von ihnen geführte Unternehmen in der frühesten, risikoreichsten Phase des Wachstums. Das Förderbudget beträgt zehn Mio. EUR; bis zu 130 Unternehmen sollen damit unterstützt werden. Neben einem Zuschuss von 75.000 EUR erhalten die erfolgreichen Bewerberinnen Mentoring und Coaching u.a. in den Bereichen Führung,

Internationalisierung, Geschäftsmodellierung, Umsetzungsstrategie, Markteintritt, Mittelbeschaffung und Verhandlungen mit Investoren. Vorschläge können bis zum 04.10.2022 (17:00 Uhr MEZ) eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/horizon-eie-2022-scaleup-02-02>

Kommission; Vorbereitung der Weltfunkkonferenz 2023

Die Kommission hat am 28.06.2022 die interessierten Kreise aufgefordert, Stellungnahmen zur Festlegung der EU-Position, die auf der Weltfunkkonferenz 2023 vertreten werden soll, abzugeben. Die Kommission wird einen Beschluss des Rates vorschlagen, der dann für die Mitgliedstaaten auf der Weltfunkkonferenz (20.11. - 15.12.2023) verbindlich ist. Die Weltfunkkonferenz wird von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), der für Telekommunikation zuständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen, ausgerichtet. Sie befasst sich mit der sog. Vollzugsordnung für den Funkdienst, einem internationalen Vertrag zwischen den ITU-Mitgliedstaaten, der die weltweite Nutzung von Funkfrequenzen und Satellitenumlaufbahnen regelt. Dieser wirkt sich auf EU-Politikbereiche aus, z.B. Copernicus, das Erdbeobachtungssystem der EU, sowie die Verwirklichung der Gigabit-Netzanbindungsziele (durch die potenzielle Zuweisung zusätzlicher Funkfrequenzen im 6-GHz-Bereich für Mobilfunk-/5G-Dienste). Stellungnahmen können bis zum 26.07.2022 bei der Kommission eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13445-World-Radiocommunication-Conference-2023-EU-position_en

Rat; Position zum Vorschlag für ein satellitengestütztes Kommunikationssystem

Der Rat hat sich am 29.06.2022 auf seine Position betreffend den Vorschlag der Kommission vom 15.02.2022 für eine Verordnung über eine weltraumgestützte sichere Konnektivität geeinigt. Die Kommission hat vorgeschlagen, die digitale Konnektivität der EU durch ein weltraumgestütztes sicheres Kommunikationssystem zu verbessern. Das Programm soll sowohl den Bedürfnissen der Regierungen zur sicheren Kommunikation dienen, als auch kommerziellen Nutzen haben. Der Rat hat sich für Änderungen am Kommissionsvorschlag ausgesprochen. So sieht seine Position vor, dass die Kommission Eigentümerin des Programms ist, allerdings nur in Bezug auf materielle und immaterielle Vermögenswerte im Zusammenhang mit der im Rahmen dieses Programms entwickelten staatlichen Infrastruktur. Der Text des Rates unterscheidet ferner zwischen Eigentum und Nutzung: Während die Kommission berechtigt ist, die Frequenzen zu nutzen, bleibt das Eigentum bei den Mitgliedstaaten (MS). Auch hinsichtlich der Finanzierung wünschen die MS Anpassungen. Sie haben die Zuweisungen aus Mitteln anderer Programme gestrichen und nennen nur noch das Gesamtbudget des Programms.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/06/29/secure-space-connectivity-council-adopts-negotiating-mandate/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Secure+space-based+connectivity%3a+Council+adopts+negotiating+mandate

Kommission; Horizont Europa; Innovation; Förderung Kultur- und Kreativität (CCSI)

Die Kommission hat am 23.06.2022 bekannt gegeben, dass das Konsortium "Innovation by Creative Economy (ICE)" unter deutscher Leitung die Ausschreibung für eine neue Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) im Kultur- und Kreativbereich für sich entschieden hat. Die neue Gemeinschaft des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) soll im Rahmen der EU-Forschungs- und Innovationsförderung die europäischen Kultur- und Kreativsektoren und -industrien (CCSI) stärken. Kreative Akteure und Organisationen sollen hierdurch vernetzt werden. Die neue Partnerschaft kann damit rechnen, etwa 300 Mio. Euro der EIT-Finanzierung im Rahmen von Horizont Europa aufteilen zu können. Weitere private Beteiligung ist auch geplant. Das Siegerteam "ICE – Innovation by Creative Economy" besteht aus 50 Partnern aus 20 Ländern, darunter unter anderem die Fraunhofer-Gesellschaft (federführender Koordinator), Philips Design und das Goethe Institut. Das neue KIC soll Unternehmerinnen und Unternehmer ausbilden, und innovative Initiativen vorantreiben. Innovations-Wertschöpfungsketten auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene sollen verbunden werden. Im Fokus stehen nun Coachings und Trainings für Kultur- und Kreativakteure zu unternehmerischen Fähigkeiten.

<https://eit.europa.eu/news-events/news/multi-million-euro-partnership-culture-and-creativity-launched-eit-culture>

Kommission; Horizont Europa; Research and Innovation Days

Am 23.06.2022 hat die Generaldirektion Forschung der Kommission das Programm der diesjährigen „R&I Days“ vorgestellt und die Anmeldemöglichkeit zur Online-Konferenz geöffnet. Die R&I Days (Research and Innovation Days) werden digital am 28./29.09.2022 stattfinden. Dabei handelt es sich um eine relevante Jahreskonferenz der Kommission, auf der Neuerungen und politische Entwicklungen rund um das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa vorgestellt und diskutiert werden, auch zu Fördermöglichkeiten. Die Diskussionen auf den R&I-Days sollen auch in die Entwicklung des neuen Strategieplans 2023-2024 für Horizont Europa einfließen. Zu den übergreifenden Themen auf der Agenda gehören u.a. Europas Widerstandsfähigkeit und strategische Autonomie sowie die neue europäische Innovationsagenda, das Europäische Jahr der Jugend und die europäischen Missionen in der Forschungspolitik. Die Teilnahme ist für alle interessierten Kreise geöffnet.

<https://ec.europa.eu/research-and-innovation/en/events/upcoming-events/research-innovation-days>

Kommission; Förderung Hochschulen; EIT; Horizont Europa;

Am 30.06.2022 hat die Kommission über die neue Förderrunde im Rahmen des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) informiert. Das EIT fördert über die Hochschulinitiative „HEI“ Innovation und Unternehmertum an Hochschulen. 26 Projekte wurden von der Kommission in dieser Förderrunde hierfür ausgewählt. Die ausgewählten Projekte werden insgesamt bis zu 31,2 Mio. EUR erhalten, um ihre Innovationskapazitäten zu stärken. Insgesamt sind fast 300 Hochschuleinrichtungen und ihre Partner aus 38 Ländern beteiligt. Die EIT-Hochschulinitiative läuft seit 2021 und verbindet Hochschulen, Unternehmen und Forschungszentren miteinander. Konkret hilft die Initiative HEI Hochschulen bei der Entwicklung und Umsetzung von Aktionsplänen, mit Expertencoachings und dem Wissensaustausch, um unternehmerische und innovative Möglichkeiten zu verbessern. Forschungskommissarin Mariya Gabriel würdigte die HEI-Initiative und erklärte, die bestehenden

Förderprojekte mit den Hochschulen hätten zu „lebendigen Ökosystemen“ im Bereich der Innovation geführt.

<https://ec.europa.eu/newsroom/representations/redirect/item/752038/de/188>

Finanzdienstleistungen

Rat; Standpunkt zu aktualisierten Vorschriften für Hedge-Fonds, Privatschuldenfonds und sonstige alternative Investmentfonds

Der Rat legte am 17.06.2022 seinen Standpunkt zu aktualisierten Vorschriften für Hedge-Fonds, Privatschuldenfonds und sonstige alternative Investmentfonds fest. Zusammen mit anderen Fortschritten bei der Umsetzung der Agenda für die Kapitalmarktunion soll dies dazu beitragen, einen wettbewerbsfähigen und attraktiven europäischen Markt für Vermögensverwaltung zu erhalten und so private Investitionen für die Finanzierung des grünen und des digitalen Wandels zu mobilisieren. Mit dem Vorschlag soll die Integration der Vermögensverwaltungsmärkte in Europa verbessert und gleichzeitig der Rahmen für wichtige Aspekte der Regulierung modernisiert werden. Durch den Vorschlag werden neben der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds auch die Vorschriften für Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) aktualisiert. Mit dem Vorschlag werden hauptsächlich die folgenden vier Ziele verfolgt: Eine weitere Integration des Markts für alternative Investmentfonds und damit eine umfassendere Integration des Kapitalmarkts; die Verbesserung des Zugangs der Unternehmen zu stärker diversifizierten Finanzierungsformen; die Stärkung des Anlegerschutzes sowie die Verbesserung der Fähigkeit der Fondsmanager, auf Liquiditätsengpässe bei angespannten Marktbedingungen zu reagieren.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/17/capital-markets-union-council-agrees-its-position-on-updated-rules-for-hedge-funds-private-debt-funds-and-other-alternative-investment-funds/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Capital+Markets+Union:+Council+agrees+its+position+on+updated+rules+for+hedge+funds%2c+private+debt+funds%2c+and+other+alternative+investment+funds

Rat; EP; Politische Einigung über neue Vorschriften für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Der Rat und das EP haben am 21.06.2022 eine vorläufige politische Einigung über die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) erzielt. Der Vorschlag zielt darauf ab, Lücken in den geltenden Vorschriften über die Offenlegung nichtfinanzieller Informationen zu schließen, deren Qualität für eine angemessene Berücksichtigung durch die Anlegenden unzureichend war. Diese Lücken beeinträchtigen den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Mit der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen wird die Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen von 2014 geändert. Es werden detailliertere Berichtspflichten eingeführt und es wird sichergestellt, dass große Unternehmen verpflichtet sind, Informationen zu Nachhaltigkeitsfragen wie Umweltrechten, sozialen Rechten, Menschenrechten und Governance-Faktoren zu veröffentlichen. Außerdem wird mit der CSRD eine Zertifizierungspflicht für die Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie ein besserer Zugang zu Informationen eingeführt, indem deren Veröffentlichung in einem gesonderten Abschnitt der Lageberichte von Unternehmen vorgeschrieben wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/21/new-rules-on-sustainability-disclosure-provisional-agreement-between-council-and-european-parliament/>

EuG; Entzug der Zulassung der AAB Bank als Kreditinstitut war gerechtfertigt

Das EuG hat mit Urteil vom 22.06.2022 zur Rechtssache T-797/19 (Anglo Austrian AAB und Belegging-Maatschappij „Far East“ BV / EZB) entschieden, dass der Entzug der Zulassung der AAB Bank als Kreditinstitut durch die EZB insbesondere aufgrund schwerwiegender Verstöße der ABB Bank gegen die Regeln zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung gerechtfertigt war. Das EuG ist der Auffassung, dass in Anbetracht der Bedeutung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung ein Kreditinstitut auf der Grundlage von Verwaltungsentscheidungen einer zuständigen nationalen Behörde schwerwiegender Verstöße für schuldig befunden werden könne, die für sich genommen ausreichen, um den Entzug seiner Zulassung zu rechtfertigen. Außerdem stellt das EuG fest, dass es die EZB im vorliegenden Fall nicht versäumt habe, alle für den Entzug der Zulassung relevanten tatsächlichen Gesichtspunkte sorgfältig und unparteiisch zu ermitteln, zu prüfen und zu würdigen. Schließlich weist das EuG den Klagegrund der AAB Bank zurück, wonach der angefochtene Beschluss den wirtschaftlichen Wert der von der Aktionärin an ihr gehaltenen Aktien zerstört und das Eigentumsrecht dieser Aktionärin in seinem Wesensgehalt angetastet habe. Die AAB Bank ist nämlich nicht Inhaberin dieses Eigentumsrechts, so dass sie sich zur Stützung ihrer Nichtigkeitsklage nicht auf dieses Recht berufen könne.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-797/19>

Rat; Standpunkt zu einer zentralen Zugangsplattform (ESAP) festgelegt

Der Rat hat am 29.06.2022 seinen Standpunkt zu dem Vorschlag für ein zentrales europäisches Zugangsportale (ESAP) festgelegt, der Teil des Pakets zur Kapitalmarktunion ist. Ziel ist die Einrichtung eines zentralen Zugangsportals für öffentliche Informationen zu EU-Unternehmen und EU-Anlageprodukten. Es wird erwartet, dass ESAP es europäischen Unternehmen und Finanzprodukten leichter machen wird, Anleger anzuziehen, da Letztere über die ESAP-Plattform einen einfachen und schnellen Zugang zu den einschlägigen Informationen erhalten werden, die sie für Anlageentscheidungen benötigen. In seinem Standpunkt hat der Rat festgelegt, dass die zuständigen nationalen Behörden als Sammelstellen die Informationen zusammentragen sollen, die auf der ESAP-Plattform bereitgestellt werden. Mit dem Vorschlag werden für europäische Unternehmen keine zusätzlichen Anforderungen an die Datenmeldung eingeführt, da die ESAP-Plattform bereits etablierte Arten von Daten sowie öffentlich zugängliche Informationen enthält, darunter (konsolidierte) Jahresabschlüsse, (konsolidierte) Tätigkeitsberichte, Abschlussprüfungen und Berichte über Zahlungen an staatliche Stellen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/29/easier-access-to-corporate-information-for-investors-council-agrees-its-position-on-a-single-access-platform/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Erleichterter+Zugang+zu+Unternehmensinformationen+%u00fcr+Anleger%3a+Rat+legt+seinen+Standpunkt+zu+einer+zentralen+Zugangsplattform+fest

Rat; Partieller Standpunkt für neue EU-Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche festgelegt

Der Rat hat am 29.06.2022 seinen partiellen Standpunkt zu dem Vorschlag über die Einrichtung einer speziellen Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche festgelegt. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters von Straftaten dürfte die neue Behörde einen wichtigen und nützlichen Beitrag zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung leisten. Sie wird unter anderem zur Harmonisierung und Koordinierung der Aufsichtsmethoden im Finanz- und Nichtfinanzsektor, zur direkten

Beaufsichtigung riskanter und grenzübergreifender Finanzunternehmen und zur Koordinierung der zentralen Meldestellen beitragen. In seinem Standpunkt überträgt der Rat der Behörde zusätzliche Befugnisse zur direkten Beaufsichtigung bestimmter Arten von Kredit- und Finanzinstituten, einschließlich Anbietern von Krypto-Dienstleistungen, sofern diese als risikobehaftet gelten. Außerdem wird die Behörde damit betraut, zumindest im ersten Auswahlverfahren bis zu 40 Gruppen und Unternehmen zu beaufsichtigen sowie die vollständige Abdeckung des ihrer Aufsicht unterliegenden Binnenmarkts zu gewährleisten. Auch der Verwaltungsrat erhält bezüglich der Leitung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche weitere Befugnisse. Der Standpunkt des Rates ist partiell, da noch keine Einigung darüber erzielt wurde, wo die neue Behörde ihren Sitz haben soll.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/29/new-eu-authority-for-anti-money-laundering-council-agrees-its-partial-position/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Neue+EU-Beh%u00f6rde+zur+Bek%u00e4mpfung+der+Geldw%u00e4sche%3a+Rat+legt+seinen+partiellen+Standpunkt+fest

Finanzen

EuGH; Klage von GBR wegen Steuervergünstigungen für multinationale Unternehmen abgelehnt

Der EuGH hat mit Urteil vom 08.06.2022 in der Rechtssache T-363/19 und T-456/19 (GBR, ITV plc / Kommission) entschieden, die Klage gegen einen Beschluss der Kommission zurückzuweisen. Die Kommission hatte 2019 entschieden, dass GBR auf Steuervergünstigungen für multinationale Unternehmen basierende Gelder zurückzufordern hat. Unternehmen seien ohne Begründung von den Vorschriften zur Bekämpfung der Steuervermeidung befreit worden und hätten dadurch einen selektiven Vorteil gehabt. Die Kommission sah darin einen Verstoß gegen die Beihilfavorschriften der EU, zu der GBR damals noch gehörte. Das Gericht wies die Klage zurück, da der Beschluss der Kommission rechtmäßig war.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-363/19>

Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN

Am 16.06.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in LUX. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Erweiterung der Eurozone um KRO und der Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands. Thema im erweiterten Format der EU27 war die Vollendung der Bankenunion. Am 17.06.2022 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der französischen Ratspräsidentschaft in LUX. Dabei ging es u. a. um die neuen Eigenmittel der EU zur Finanzierung der im Rahmen des Wiederaufbaufonds NGEU aufgenommenen Schulden, die Richtlinie zur Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung, die wirtschaftliche Erholung sowie die Einführung des EUR in KRO. Des Weiteren gab es einen Bericht zum Sachstand bei den Dossiers zur Geldwäschebekämpfung.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2022/06/17/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 8,1% gestiegen

Am 17.06.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Mai 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 8,1% gegenüber 7,4% im April. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,0% betragen. Die

jährliche Inflationsrate in der EU lag im Mai bei 8,8% gegenüber 8,1% im April. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,3% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA (5,8%), FRA (5,8%) und FIN (7,1%) gemessen, die höchsten in EST (20,1%), LIT (18,5%) und LET (16,8%). Im Mai kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+3,87 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+1,59 Prozentpunkte), Dienstleistungen (+1,46 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+1,13 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Mai 8,7%, die in BEL 9,9%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14644605/2-17062022-AP-DE.pdf/70fd1fed-36ed-9dc2-64f9-d0e3ea8b1553>

Rat; Annahme des Durchführungsbeschlusses zur Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans von POL

Am 17.06.2022 hat der Rat den Durchführungsbeschluss zur Billigung des von POL vorgelegten Aufbau- und Resilienzplans angenommen. Mit dem Beschluss wird der durch die Kommission vorgenommenen Bewertung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne gefolgt. Die für POL im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität zugewiesenen Mittel belaufen sich auf insgesamt 35,4 Mrd. EUR und sollen dafür eingesetzt werden, POL in die Lage zu versetzen, seine wirtschaftliche Erholung von der COVID-19 Pandemie voranzubringen und den grünen und den digitalen Wandel zu finanzieren. Die Kommission wird die Auszahlungen aber erst einleiten, wenn POL die im Aufbau- und Resilienzplan für Investitionen und Reformen festgelegten Etappenziele und Zielwerte erreicht hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/17/recovery-fund-ministers-welcome-assessment-of-poland-s-national-plan/>

Kommission; Ausgabe von weiteren Anleihen im Wert von 50 Mrd. EUR zur Finanzierung von NGEU

Die Kommission gab am 24.06.2022 bekannt, im zweiten Halbjahr 2022 Anleihen im Wert von 50 Mrd. EUR ausgeben zu wollen, um die Finanzierung des Corona-Wiederaufbaupakets NextGenerationEU fortzuführen. Das Geld soll die wirtschaftliche Erholung der Mitgliedstaaten (MS) nach der Coronavirus-Pandemie im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützen. Auf Basis von gemeinsam erarbeiteten Wiederaufbauplänen werden den MS Zuschüsse oder Darlehen für Projekte gewährt. Diese setzen einen besonderen Fokus auf die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft. Die Kommission hat seit Juni 2021 über langfristige EU-Bonds insgesamt 118,5 Mrd. EUR aufgenommen. Im ersten Halbjahr 2022 hat die Kommission bislang EU-Anleihen in Höhe von 47,5 Mrd. EUR ausgegeben.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-finanziert-wiederaufbaupaket-anleihen-im-wert-von-50-Mrd.-EUR-ausgegeben-2022-06-24_de

Kommission; Steuereinnahmen in der EU sinken

Die Kommission teilte am 28.06.2022 in ihrem Jahresbericht über die Besteuerung 2022 mit, dass die Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten (MS) zum ersten Mal seit der Finanzkrise 2009 zurückgegangen sind. Zugleich stiegen aufgrund der COVID-19-Pandemie die öffentlichen Ausgaben von 46,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2019 auf 53% des BIP im Jahr 2020. Der Bericht veranschaulicht die große Belastung der Volkswirtschaften, die sich aus der Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergeben. In vielen MS werden daher Sofortmaßnahmen gegen die derzeitigen Krisen ergriffen, dazu gehören eine vorübergehende Senkung der Energiebesteuerung sowie Einkommensbeihilfen für ärmere oder am stärksten betroffene Haushalte.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/steuereinnahmen-der-eu-sinken-offentliche-ausgaben-steigen-2022-06-28_de

Kommission; Verteilungsschlüssel für Corona-Wiederaufbaufonds NGEU angepasst

Die Kommission hat am 30.06.2022 einem aktualisierten Verteilungsschlüssel für die Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds NGEU vorgelegt. Diese Aktualisierung findet statt im Rahmen der Verordnung über die Aufbau- und Resilienz-Fazilität, dem Kernstück des Wiederaufbaufonds. Sie basiert nun auf realen Wirtschaftsdaten. Die ursprünglichen Werte basierten auf einer Wachstumsprognose aus dem Herbst 2020. Demnach kann DEU statt 25,6 Mrd. EUR bis zu 28 Mrd. EUR an Zuschüssen beantragen. Neben DEU profitieren vor allem ESP (77,2 statt 69,5 Mrd. EUR) und PTL (15,5 statt 13,9 Mrd. EUR) von der Aktualisierung. Mitgliedstaaten wie ROM (12,1 statt 14,2 Mrd. EUR), POL (22,5 statt 23,9 Mrd. EUR) oder die NDL (4,7 statt 6 Mrd. EUR) benötigen aufgrund ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung weniger Zuschüsse.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/verteilungsschlüssel-fur-corona-wiederaufbaufonds-mehr-geld-fur-DEU-2022-06-30_de

Soziales

Kommission; Eurobarometer-Umfrage zur Integration von Migranten in der EU

Am 20.06.2022 wurde die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage "Integration von Immigranten in der Europäischen Union" von der Kommission präsentiert. Die Umfrage gibt Aufschluss über die öffentliche Meinung zu diesem Thema und soll nützliche Erkenntnisse für die Integrationspolitik liefern. Zwischen dem 02.11. und dem 03.12.2021 werden 26.510 Bürger aus allen 27 EU-Ländern befragt. Den Ergebnissen nach neigen die Menschen dazu, die Zahl der Drittstaatsangehörigen im Verhältnis zur Bevölkerung ihres Landes zu überschätzen (68%). Gleichzeitig betrachtet eine große Mehrheit der Europäerinnen und Europäer (70%) die Integration als einen wechselseitigen Prozess, bei dem sowohl die Aufnahmegesellschaften als auch die Zuwandernden eine wichtige Rolle spielen. Die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass die Integration von Migrantinnen und Migranten in ihrer Stadt oder Gemeinde erfolgreich ist, während etwas weniger (42%) dasselbe über die Integration in ihrem Land denken.

https://ec.europa.eu/home-affairs/news/what-do-europeans-think-about-migrant-integration-new-eurobarometer-survey-2022-06-20_en

(OSHA); Arbeitsschutz in der Zeit von Robotik und Automatisierung

Am 17.06.2022 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) einen Bericht veröffentlicht, der sich damit auseinandersetzt, welche Herausforderungen und Chancen für den Arbeitsschutz durch fortgeschrittene Robotik und Automatisierung entstehen. Die Automatisierung physischer Arbeitsaufgaben wirkt sich in vielen Branchen auf die Arbeitsplätze aus. Der Hauptbericht befasst sich mit den verschiedenen Aufgaben der fortgeschrittenen Robotik und beleuchtet Chancen und Risiken in Bezug auf psychosoziale, physische und organisatorische Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitsplätze.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/advanced-robotics-and-automation-what-are-challenges-and-opportunities>

EMA; Verstärkte Zusammenarbeit bei Forschung nach der COVID-19-Pandemie

Am 20.06.2022 hat die europäische Arzneimittelagentur EMA einen Bericht zu einem globalen Workshop der Regulierungsbehörden zu COVID-19-Beobachtungsstudien und Real-World-Daten veröffentlicht. Der Workshop, der unter der Schirmherrschaft der Vereinigung für Arzneimittelzulassungsbehörden ICMRA (International Coalition of Medicines Regulatory Authorities) organisiert wurde, wurde gemeinsam von Health Canada und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) geleitet und fand am 20.05.2022 statt. Die Workshop-Teilnehmenden erörterten die Ergebnisse von drei technischen ICMRA-Arbeitsgruppen, die sich mit der Impfstoffüberwachung und Vigilanz, der Schwangerschaftsbeobachtung und dem Aufbau internationaler Patientinnen- und Patientenkohorten befassen. Sie erkannten die Bedeutung dieser Plattformen an, die einen zeitnahen Austausch von Daten, Erfahrungen und Instrumenten ermöglichen, von denen Patientinnen und Patienten weltweit profitieren können. Die Tagung baute auf den Erkenntnissen und Erfahrungen aus einer Reihe von ICMRA-Workshops zur COVID-19-Beobachtungsforschung auf, die in den vergangenen zwei Jahren stattfanden. Die Teilnehmer vertraten mehr als 28 Arzneimittelzulassungsbehörden sowie Expertinnen und Experten der Weltgesundheitsorganisation.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/global-regulators-work-towards-strengthening-collaboration-observational-research-beyond-covid-19>

EMA; Überprüfung des angepassten Impfstoffs Spikevax COVID-19

Am 17.06.2022 hat die europäische Arzneimittelagentur EMA eine rollende Prüfung für eine Version von Spikevax eingeleitet, die einen besseren Schutz gegen bestimmte Varianten von SARS-CoV-2, dem Virus, das COVID-19 verursacht, bietet. Die Prüfung betrifft einen bivalenten Impfstoff. Das bedeutet, dass er gegen zwei Stämme von SARS-CoV-2 wirkt, in diesem Fall gegen den ursprünglichen Stamm und die besorgniserregende Omicron-Variante. Die Überprüfung wird sich zunächst auf Daten aus Laborstudien (nicht-klinische Daten) und Daten zu Chemie, Herstellung und Kontrollen (CMC) konzentrieren, die sich auf die Herstellung des Impfstoffs beziehen. Mit den Fortschritten des Unternehmens bei der Entwicklung seines bivalenten Impfstoffs wird die EMA weitere Daten erhalten, darunter auch Daten über die Immunreaktion gegen den ursprünglichen Stamm und die besorgniserregende Omicron-Variante.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/start-rolling-review-adapted-spikevax-covid-19-vaccine>

Kommission; Start von Impfstofflieferungen für Affenpocken

Am 28.06.2022 wurden die ersten Impfdosen gegen Affenpocken ausgeliefert, die von der Europäischen Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) beschafft wurden. Die ersten 5.300 von insgesamt fast 110.000 Dosen sind bereits in ESP eingetroffen. Wie bei der Verteilung der COVID-19 Impfstoffe werden diese den Mitgliedstaaten (MS) nach einem auf der Bevölkerung basierenden Verteilungsschlüssel zugewiesen. Vorrangig beliefert werden dabei jene MS, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses besonders betroffen waren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4146

Rat; Einigung von Rat und EP zu persistenten organischen Schadstoffen

Rat und EP haben am 21.06.2022 eine vorläufige Einigung auf eine Begrenzung der Konzentration von persistenten organischen Schadstoffen (POP) im Abfall erzielt. Damit werden weitere Beschränkungen für das Vorkommen dieser Stoffe in Abfällen festgelegt. Zwar werden POP in der Regel nicht mehr in neuen Produkten verwendet, doch sind sie immer noch in Abfällen aus einigen Konsumgütern wie wasserdichten Textilien, Möbeln, Kunststoffen und elektronischen Geräten zu finden. Zur Verwirklichung der Kreislaufwirtschaft, in der Abfälle zunehmend als Sekundärrohstoffe verwendet werden, ist es entscheidend, das Vorkommen von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen zu beschränken. Der Rat und das EP sind daher übereingekommen, weitere Chemikalien in die Liste der persistenten organischen Schadstoffe aufzunehmen und ihr Vorkommen in Abfällen durch strengere Konzentrationsgrenzwerte zu beschränken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/21/council-and-parliament-agree-to-reduce-limit-values-for-the-presence-of-persistent-organic-pollutants-in-waste/>

Kommission; Vorschlag zur Überarbeitung der Vorgaben zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden

Am 22.06.2022 stellte die Kommission im Rahmen der Biodiversitätsstrategie und zur Umsetzung der Ziele der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie ihren Vorschlag für eine Überarbeitung der europäischen Regeln zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden vor. Darin schlägt die Kommission vor, die Verwendung chemischer Pestizide und der von ihnen ausgehenden Risiken bis 2030 um 50% zu verringern. Die Mitgliedstaaten sollen im Rahmen vorgegebener Parameter ihre eigenen Ziele festlegen. Umweltfreundliche Methoden der Schädlingsprävention sollen Vorrang haben vor dem chemischen Pflanzenschutz. In sensiblen Gebieten wie städtischen Grünflächen, Sport- und Spielplätzen sowie in Natura 2000 Gebieten soll der Pestizideinsatz verboten werden. Die Vorschriften sollen dazu beitragen, den Verlust an biologischer Vielfalt in Europa aufzuhalten, die Gesundheit zu schützen, nachhaltige Lebensmittelsysteme im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal aufzubauen und eine dauerhafte Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3746

Kommission; Vorschlag zur Wiederherstellung von Natur

Am 22.06.2022 stellte die Kommission im Rahmen der Biodiversitätsstrategie ihren Vorschlag für eine Verordnung zur Wiederherstellung von Natur vor. Laut diesem Vorschlag sollen für jeden Mitgliedstaat rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur in verschiedenen Ökosystemen gelten. Bis 2030 sollen für mindestens 20% der Land- und Meeresgebiete der EU Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt und diese bis 2050 auf alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme ausgedehnt werden. Dabei werden die Ökosysteme mit dem größten Potenzial für den Abbau und die Speicherung von CO₂ und die Prävention oder Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen zu den obersten Prioritäten gehören. Der Vorschlag enthält unter anderem Ziele, den Rückgang der Bestäuberpoblulation umzukehren, den Zustand artenreicher Lebensräume zu verbessern und mehr Totholz in Wäldern zu belassen. Im städtischen Bereich soll der Anteil von Grünfläche und Beschattung durch Bäume zunehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3746

EP; Abstimmung zur Überarbeitung der Richtlinie zum Emissionshandelssystem (EHS)

Am 22.06.2022 verabschiedete das Parlament den Bericht vom MdEP Peter Liese (EVP, DEU) zur Überarbeitung der Richtlinie zum EHS. Am 08.06.2022 hatte der Bericht zuvor keine Mehrheit im Plenum erreicht. Im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hatte er zunächst eine breite Mehrheit (62/20/5) gefunden, verlor allerdings in der Plenarabstimmung die Unterstützung der S&D sowie der Grünen Fraktion, so dass er eine Mehrheit verfehlte (265/340/34). Beide Fraktionen begründeten ihre Ablehnung damit, dass der Bericht während der Abstimmung im Plenum bezüglich des Gesamtambitionsniveaus sowie bezüglich des Endes der freien Zuteilung von Emissionszertifikaten an die Industrie abgeschwächt worden sei. Es gelang dem Berichterstatter anschließend einen neuen Kompromiss auszuhandeln, der in der Plenarabstimmung am 22.06.2022 eine Mehrheit erhielt (439/157/32). MdEPs fordern, dass die Gesamtreduktion bis 2030 auf 63% erhöht werden soll. Die Kommission forderte eine 61%ige Reduktion. Die umstrittenen kostenlosen CO₂-Emissionszertifikate für die Industrie sollen zwischen 2027 und 2032 schrittweise auf null reduziert werden. Sie werden ab 2027 nach und nach durch den Grenzausgleichsmechanismus abgelöst. Der Bericht zum Grenzausgleichsmechanismus zur Verhinderung der Verlagerung von CO₂-Emissionen wurde am gleichen Tag verabschiedet. Die MdEPs fordern hier eine schnellere Einführung und die Abdeckung weiterer Sektoren. Das EP unterstützt die Einführung einer CO₂-Bepreisung für den Straßenverkehr und den Gebäudebereich (ETS 2), die zunächst nur für Unternehmen gilt, während Verbraucherinnen und Verbraucher davon ausgenommen werden sollen. Das EP verabschiedete auch seine Position zum Klimasozialfonds zur Unterstützung ärmerer Haushalte und der Vermeidung von Energie- und Mobilitätsarmut.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220616IPR33219/klimawandel-eu-soll-schneller-handeln-und-energieunabhaengig-werden>

EuGH; Schlussanträge zur Deklarierung von nicht kontaminiertem Bodenaushub

Am 22.06.2022 legte Generalanwältin Medina ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-238/21 zur Deklarierung nicht kontaminiertem Bodenaushubs vor. Sie ist darin der Auffassung, dass es möglich sei, dass nicht kontaminierter Bodenaushub von höchster Qualität, den ein Bauunternehmen örtlichen Landwirten zur Verbesserung ihrer Anbauflächen liefert, unionsrechtlich kein „Abfall“ sei. Erfolge dessen Auslieferung, nachdem er ausgewählt und einer Qualitätskontrolle unterzogen wurde, sei dieser ein Nebenprodukt, sofern die in der Abfallrichtlinie niedergelegten Voraussetzungen erfüllt seien. Im Juli 2015 wurde ein österreichisches Bauunternehmen von verschiedenen Landwirten darum ersucht, ihnen Bodenaushub zur Verbesserung ihrer Anbauflächen zu liefern. Der gelieferte Boden war überprüft und nach österreichischem Recht in die höchste Qualitätsklasse für nicht kontaminierten Bodenaushub eingestuft worden. Die nationalen Behörden vertraten in einem Bescheid die Auffassung, dass es sich bei dem fraglichen Bodenaushub um Abfall im Sinne des österreichischen Abfallwirtschaftsgesetzes handle und dass er daher dem Altlastenbeitrag unterliege. Diese Behörden waren ferner der Ansicht, dass für den Bodenaushub zum Zeitpunkt seiner Lieferung das Ende der Abfalleigenschaft im Wesentlichen deshalb noch nicht eingetreten sei, weil bestimmte Formalkriterien nicht eingehalten worden seien. Das Landesverwaltungsgericht Steiermark hat dem EuGH Fragen zur Auslegung der Abfallrichtlinie vorgelegt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-06/cp220109de.pdf>

EuGH; Urteil zum Schutz des Auerhuhns

Am 22.06.2022 stellte der EuGH in seinem Urteil in der Rechtssache C-661/20 fest, dass die SLK gegen die Habitatrichtlinie und die Vogelschutzrichtlinie verstoßen habe. Sie habe nicht nur bestimmte Pläne und Projekte mit erheblichen Auswirkungen in den betreffenden Gebieten keiner angemessenen Prüfung unterzogen, sondern auch nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Lebensräume des Auerhuhns (*Tetrao urogallus*) zu erhalten. Im Jahr 2017 gingen bei der Kommission mehrere Beschwerden ein, in denen auf eine übermäßige Waldnutzung in den zwölf in der SLK zur Erhaltung des Auerhuhns ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten hingewiesen wurde, die den Erhaltungszustand dieser geschützten Art beeinträchtigt haben soll. Die Kommission erhob sodann beim EuGH eine Klage gegen die SLK wegen Verstoßes gegen die Habitatrichtlinie und die Vogelschutzrichtlinie im Hinblick auf die Erhaltung der genannten Natura-2000-Gebiete und die sich darin befindenden Lebensräume des Auerhuhns.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-06/cp220107de.pdf>

Kommission; Konsultation zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien

Am 22.06.2022 eröffnete die Kommission die Rückmeldungsphase zu ihrem Vorschlag für eine aktualisierte Liste der Anmerkungen im Rahmen der Vorgaben zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (CLP-VO). Die CLP-Verordnung enthält Vorschriften für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen. In Anhang VI sind die Anmerkungen aufgeführt, die Stoffen mit harmonisierten Einstufungen zugeordnet werden können. Diese Anmerkungen enthalten weitere Anweisungen zur Einstufung und Kennzeichnung bestimmter Stoffe oder Gemische, die solche Stoffe enthalten. Mit dieser Initiative werden neue Anmerkungen in die Liste aufgenommen. Diese wurden für einige Stoffe vorgeschlagen, die kürzlich neue oder aktualisierte Einstufungen erhalten haben. Rückmeldungen sind bis zum 20.07.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13210-Einstufung-und-Kennzeichnung-von-Chemikalien-aktualisierte-Liste-der-Anmerkungen_de

Kommission; Internationale Meerespolitik für einen blauen Planeten

Am 24.06.2022 stellte die Kommission die erneuerte EU-Agenda für die internationale Meerespolitik mit Maßnahmen für sichere, saubere und nachhaltig bewirtschaftete Ozeane vor. Damit unterstreicht die EU ihre aktive Rolle bei der internationalen Meerespolitik und ihr Engagement für eine umfassendere Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und des Ziels für eine nachhaltige Entwicklung zum Leben unter Wasser. Die neue Agenda spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der blauen Komponente des europäischen Grünen Deals.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_3742

Kommission; Konsultation zu Zielen zur Wiederherstellung von Natur

Am 24.06.2022 öffnete die Kommission die Rückmeldungsphase zu ihrem Vorschlag für verbindliche Ziele zur Wiederherstellung von Natur, den sie zuvor am 22.06.2022 vorgestellt hatte. Die Initiative soll zu dem Ziel der Biodiversitätsstrategie beitragen, Europas biologische Vielfalt bis 2030 auf den Weg der Erholung zu bringen. Rückmeldungen sind bis zum 22.08.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12596-Schutz-der-biologischen-Vielfalt-Ziele-fur-die-Wiederherstellung-der-Natur-im-Rahmen-der-EU-Biodiversitätsstrategie_de

Kommission; Konsultation zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden

Am 24.06.2022 öffnete die Konsultation die Rückmeldungsphase zu ihrem Vorschlag für eine nachhaltige Verwendung von Pestiziden, den sie zuvor am 22.06.2022 vorgestellt hatte. Die Vorschriften sollen die Verringerung von Pestiziden durch integrierten Pflanzenschutz und die Verwendung von Alternativen zu chemischen Pestiziden verringern. Dies soll dazu beitragen, die Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und des europäischen Grünen Deals zu erreichen. Rückmeldungen sind bis zum 22.08.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12413-Pestizide-nachhaltige-Verwendung-aktualisierte-EU-Vorschriften-de>

Rat; Umweltminister beschließen allgemeine Ausrichtung zu „Fit for 55“-Dossiers

Der Rat hat am 29.06.2022 seine Verhandlungspositionen zu wichtigen Legislativvorschlägen des "Fit for 55"-Pakets angenommen. Das von der Kommission am 14.07.2021 vorgelegte Paket soll die EU in die Lage versetzen, ihre Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken und im Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die Mitgliedstaaten (MS) haben einen gemeinsamen Standpunkt zum EU-Emissionshandelssystem (EHS), zur Aufgabenteilung zwischen den MS in Nicht-ETS-Sektoren (Lastenteilung), zur Senkenleistung im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF), zur Einrichtung eines sozialen Klimafonds (SCF) und zu neuen CO₂-Emissionsnormen für Autos und Lieferwagen angenommen. Der Rat akzeptiert die Gesamthöhe der Emissionsreduktion im EHS von 61%. Freie Emissionszuteilung an die Industrie, für die der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus eingeführt wird, soll im Zeitraum 2026-2035 schrittweise beendet werden. Der Rat unterstützt das EHS 2 für den Gebäude- und Transportsektor, verschiebt die Handelsphase aber um ein Jahr nach hinten. Angesichts damit verbundener steigender Energiepreise unterstützt der Rat die Einführung des Sozialfonds zur Unterstützung von besonders vulnerablen Haushalten und Kleinstunternehmen. Allerdings soll das Volumen des Fonds von 72 Mrd. auf 59 Mrd. Euro verkleinert werden. Bei der Lastenteilung unterstützt der Rat die generelle Zielsetzung der Kommission und bestätigt die differenzierten nationalen Zielsetzungen und Zielpfade. Bei der Erreichung dieser Ziele sollen die MS allerdings mehr Flexibilität erhalten. Für den LULUCF-Bereich bestätigen die Ministerinnen und Minister das Ziel der Kommission, die Senkenleistung bis 2030 auf 310 Mt CO₂eq zu erhöhen. Der Rat beschloss, die von der Kommission vorgeschlagene Aufteilung der Ziele auf die MS beizubehalten, wobei diese MS, die aufgrund von nicht beherrschbaren Phänomenen (Feuer, Dürre, etc.), Schwierigkeiten haben, ihre Ziele zu erreichen mehr Flexibilität erhalten sollen. Zu den CO₂-Standards für neue PKW und kleine Nutzfahrzeuge unterstützt der Rat die Zielvorgaben der Kommission für die Verringerung der CO₂-Emissionen bis 2030 auf 55% für Pkw und auf 50% für Lieferwagen anzuheben. Der Rat einigte sich außerdem darauf, bis 2035 für neue Pkw und Kleintransporter ein Ziel zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um 100% einzuführen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/29/fit-for-55-council-reaches-general-approaches-relating-to-emissions-reductions-and-removals-and-their-social-impacts/>

Rat; Schlussfolgerungen zur globalen Ernährungssicherung

Am 20.06.2022 einigten sich der Rat auf Schlussfolgerungen zur „Team Europe“-Reaktion zur globalen Ernährungssicherung im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine. In diesen zeigt sich der Rat zutiefst besorgt über die beispiellose Ernährungsunsicherheit, mit der gefährdete Bevölkerungsgruppen konfrontiert sind. Dies sei darauf zurückzuführen, dass russische Streitkräfte in der Ukraine Ackerland beschießen und besetzten, landwirtschaftliche Betriebe sowie Einrichtungen zur Lagerung und Verarbeitung von Lebensmitteln, Ausrüstung und Verkehrsinfrastruktur zerstörten. Die Blockade der Häfen der Ukraine verhindere zudem die Ausfuhr von Millionen Tonnen Getreide auf die Weltmärkte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehe solidarisch an der Seite der am stärksten betroffenen Partnerländer und werde ihre Unterstützung verstärken. In diesem Sinne fordert der Rat eine „Team Europa“-Reaktion auf die globale Ernährungsunsicherheit mit den Handlungsschwerpunkten Solidarität durch Soforthilfe und Unterstützung der Erschwinglichkeit, Förderung der nachhaltigen Erzeugung, der Widerstandsfähigkeit und des Wandels des Lebensmittelsystems, Erleichterung des Handels durch Unterstützung der Ukraine bei der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen über verschiedene Routen und Unterstützung des Welthandels.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/20/global-food-insecurity-council-approves-conclusions-on-the-team-europe-response/>

Kommission; Konsultation zum Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe

Am 22.06.2022 eröffnete die Kommission die Rückmeldungsphase zum Vorschlag für eine Verordnung zur Umstellung des Datennetzes für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (FSDN). Mit dieser Initiative wird das derzeitige Netz zur Erhebung von Daten über landwirtschaftliche Betriebe in der EU insofern erweitert, als auch Daten zu ökologischen und sozialen Aspekten einbezogen werden. Anhand dieser neu erfassten Daten kann dann die Leistung landwirtschaftlicher Betriebe bewertet und den Landwirten maßgeschneiderte Beratung und Anleitung geboten werden. So soll es Landwirtinnen und Landwirten ermöglicht werden, im Einklang mit den Zielen der Gemeinsamen Agrarpolitik, des Grünen Deals, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie ihre Betriebe und auch ihre Einkommen nachhaltiger gestalten. Rückmeldung sind bis zum 17.08.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12951-Umstellung-auf-ein-Datennetz-fur-die-Nachhaltigkeit-landwirtschaftlicher-Betriebe-FSDN-de>

EP; Abstimmung zum Einspruch gegen den Kommissionsvorschlag zu Reserveantibiotika

Der Einspruch gegen den Kommissionsvorschlag zur Liste von Reserveantibiotika hat bei der Abstimmung im Plenum des EP am 23.06.2022 keine Mehrheit erhalten. Auf dieser Liste sollen zukünftig all diejenigen Antibiotika stehen, die für die Humanmedizin reserviert bleiben, also nicht für die Behandlung von Tieren genutzt werden dürfen. Ziel des Einspruchs war es, eine Überarbeitung der Liste zu erreichen. Die fraktionsübergreifenden Initiatoren des Einspruchs kritisierten, dass auf der Liste kein Antibiotikum zu finden sei, das die Weltgesundheitsorganisation als für Menschen besonders wichtig einstuft. Alle bislang für Tiere verwendeten Antibiotika blieben so weiterhin zulässig.

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&refere_nce=2022/2693\(RSP\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&refere_nce=2022/2693(RSP))

Kommission; Konsultation zu Kontrollstellen zur Einfuhr ökologischer Lebensmittel

Am 27.06.2022 stellte die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung für die Liste der anerkannten Kontrollstellen zur Einfuhr ökologischer Lebensmittel zur Konsultation. In die EU dürfen ausschließlich ökologische/biologische Erzeugnisse eingeführt werden, die zuvor als solche zertifiziert wurden. Eine derartige Zertifizierung kann von bestimmten zugelassenen Kontrollstellen oder Nicht-EU-Ländern vorgenommen werden, die in einem offiziellen Verzeichnis aufgeführt sind. Mit dieser Initiative wird das entsprechende Verzeichnis berichtigt.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13472-Einfuhr-okologischer-biologischer-Lebensmittel-Liste-der-anerkannten-Kontrollstellen-Berichtigung_de

J u s t i z

EuGH-Urteil; Staatshaftung für Unionsrechtsverstöße in ESP

Der EuGH hat am 28.06.2022 in der Rechtssache C-278/20 (Kommission / ESP) entschieden, dass der Ersatz des Schadens, den ein Mitgliedstaat (MS) durch einen Verstoß gegen das Unionsrecht verursacht hat, nicht von der vorherigen Verkündung einer Entscheidung des EuGH abhängig gemacht werden kann, in der eine Verletzung des Unionsrechts durch den betreffenden MS festgestellt wird. Ferner darf bei unmittelbar anwendbarem legislativen Unrecht nicht die Erhebung einer Verwaltungsklage Voraussetzung für den Schadensersatzanspruch sein. Schlussendlich müssen Verjährungsfristen dem erlittenen Schaden angemessen sein.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-278/20>

EuGH-Urteil; Schadensersatzklage gegen Kartellbeteiligte

Der EuGH hat am 22.06.2022 in der Rechtssache C-267/20 (Volvo und DAF Truck) den zeitlichen Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verjährungsfrist für die Erhebung einer Schadensersatzklage aufgrund eines Kartells, die Regeln für die Bezifferung des Schadens aus solchen Zuwiderhandlungen sowie die widerlegbare Vermutung für das Vorliegen eines kartellbedingten Schadens präzisiert. Zur zeitlichen Anwendbarkeit von Art. 10 der Richtlinie 2014/104, der die Regeln für die Verjährung von Schadensersatzklagen wegen Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht aufstellt, stellt der EuGH fest, dass es sich um eine materiell-rechtliche Bestimmung handelt, für die die rückwirkende Anwendung der Umsetzungsvorschriften ausgeschlossen ist. Zur temporalen Anwendbarkeit von Art. 17 Abs. 1 der Richtlinie 2014/104, der den Gerichten eine Schadensschätzung gestattet, urteilt der EuGH, dass dieser Artikel eine Verfahrensvorschrift darstellt und damit das Rückwirkungsverbot für diese Vorschrift nicht gilt. Was schließlich die zeitliche Anwendbarkeit von Art. 17 Abs. 2 der Richtlinie 2014/104 betrifft, der eine widerlegbare Vermutung für das Vorliegen eines kartellbedingten Schadens aufstellt, urteilt der EuGH, dass die Vorschrift als materiell-rechtliche Vorschrift einzustufen ist, so dass eine rückwirkende Anwendung der Bestimmungen verboten ist.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-267/20>

EuGH-Schlussanträge; Prüfung der Inhaftierung

Der Generalanwalt beim EuGH Jean Richard de la Tour hat am 21.06.2022 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-704/20 und C-39/21 (Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid) vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass das nationale Gericht, das die Rechtmäßigkeit der Haft eines Drittstaatsangehörigen zu überprüfen hat, anhand der von ihm für relevant erachteten tatsächlichen und

rechtlichen Gesichtspunkte prüfen muss, ob die Regeln, mit denen die für die Haft geltenden Voraussetzungen festgelegt werden, beachtet sind, auch soweit der Drittstaatsangehörige sich hierauf nicht beruft.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=261301&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10669839>

EuGH-Urteil; Haftung aufgrund des Untergangs des Öltankers Prestige

Der EuGH hat am 20.06.2022 in der Rechtssache C-700/20 (London Steam-Ship Owners' Mutual Insurance Association) entschieden, dass das in GBR eingeleitete Schiedsverfahren die Anerkennung des spanischen Urteils, mit dem der Versicherer zum Ersatz der durch die Ölpest verursachten Schäden verurteilt wird, nicht verhindern kann. Ein Urteil, mit dem ein Schiedsspruch bestätigt wird, kann die Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen aus anderen Mitgliedstaaten nur dann verhindern, wenn der Inhalt dieses Schiedsspruchs auch Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung hätte sein können, die im Einklang mit den Bestimmungen und grundlegenden Zielen der Brüssel I-VO erlassen wurde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-700/20>

I n n e r e s

EuGH; Britische Staatsangehörige verlieren Wahlrecht in der EU

Der EuGH hat am 09.06.2022 in der Rechtssache C-673/20 entschieden, dass britische Staatsangehörige in der EU kein Wahlrecht mehr – weder aktiv noch passiv – haben. Der EuGH argumentiert in seinem Urteil, dass britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die vor Ende des im Austrittsabkommen festgelegten Übergangszeitraum in einen Mitgliedstaat gezogen sind, mit dem Brexit am 01.02.2020 ihren Unionsbürgerstatus verloren hätten – und damit auch das aktive und passive Wahlrecht. Mit dem Brexit seien Briten zu Drittstaatsangehörigen geworden. Dies gelte auch dann, wenn sie in GBR ihr Wahlrecht bereits verloren hätten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=260522&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8610836>

EuGH; Generalanwalt sieht in Cannabis-Behandlung Abschiebehindernis

Nach Ansicht von Generalanwalt Priit Pikamäe darf ein russischer Staatsangehöriger, der in den NDL mit medizinischem Cannabis behandelt wird, nicht abgeschoben werden. Dies geht aus den Schlussanträgen zur Rechtssache C-69/21, die der Generalanwalt dem EuGH am 09.06.2022 vorgelegt hat, hervor. Der russische Staatsbürger leidet an einer seltenen Form von Blutkrebs und wird deswegen in den NDL zwecks Schmerzbekämpfung mit medizinischem Cannabis behandelt. Er hatte vergeblich um Asyl bzw. subsidiären Schutz ersucht und ist deswegen ausreisepflichtig. Da in Russland keine gleichwertige Behandlung zur Verfügung stehe, würde der Betroffene dort unter starken und zunehmenden Schmerzen leiden. Eine Abschiebung sei in solchen Fällen ausgeschlossen, so der Generalanwalt. Des Weiteren komme es bei der Bewertung des Gesundheitszustands nicht bloß darauf an, ob der Betroffene reisefähig sei. Vielmehr müsste auch bewertet werden, ob der Betroffene in dem Drittstaat die notwendige medizinische Versorgung erhalte, damit sich sein Gesundheitszustand nicht verschlechtere.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=260542&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8615002>

EuGH; Generalanwalt Auskunftsrecht bei Datenweitergabe umfasst konkrete Empfänger

Generalanwalt Giovanni Pitruzzella hat am 09.06.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-154/21 vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass das Auskunftsrecht nach der DSGVO nur in bestimmten Fällen auf die Kategorie von Empfängern beschränkt werden könne. Dem Vorabentscheidungsverfahren liegt eine Klage gegen die österreichische Post zugrunde. Der Kläger will wissen, ob und an wen die Post personenbezogene Daten über ihn weitergegeben hat. Die Post hatte bislang nur erklärt, dass sie Daten zu Marketingzwecken an Geschäftskunden weitergegeben habe, aber keine konkreten Empfänger genannt. Laut Generalanwalt Giovanni Pitruzzella muss ein Betroffener grundsätzlich das Recht haben, Informationen über die konkreten Empfänger zu bekommen, da er nur dann mögliche weitere Rechte wie die Löschung oder Berichtigung von Daten geltend machen könne. Eine Ausnahme sei nur dann gegeben, wenn die Anträge auf Auskunft nachweisbar unbegründet oder exzessiv seien oder wenn es unmöglich sei, die konkreten Empfänger herauszufinden. Dann könne sich das Auskunftsrecht auf die Empfängerkategorie beschränken.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=260543&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8618390>

EuGH; Befugnisse der PNR-Richtlinie sind eng auszulegen

Der EuGH hat am 21.06.2022 in der Rechtssache C-817/19 entschieden, dass die Achtung der Grundrechte eine enge Auslegung der PNR-Richtlinie verlangt. Die Erhebung von Fluggastdaten nach den in der Richtlinie vorgesehenen Befugnissen sei auf das absolut Notwendige zu beschränken. Ohne reale und aktuelle oder vorhersehbare terroristische Bedrohung eines Mitgliedstaates seien die Übermittlung und Verarbeitung von PNR-Daten bei EU-Flügen sowie bei Beförderungen mit anderen Mitteln innerhalb der Union unzulässig, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=261282&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13537450>

EUAA; Statistik über Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine veröffentlicht

Die EU-Asylagentur (EUAA) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben am 21.06.2022 die ersten Ergebnisse einer Erhebung über ankommende Migrantinnen und Migranten aus der Ukraine vorgestellt. Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine seien 5,7 Mio. ukrainische Staatsangehörige in die EU geflüchtet. Nach der jüngsten Analyse der EUAA hätten sich fast 3,4 Mio. für den vorübergehenden Schutz registriert, der ihnen Zugang zur Gesundheitsversorgung, zum Arbeitsmarkt und zur staatlichen Bildung (für Minderjährige) gewährt. Der größte Teil der Befragten (84%) hätten zum Zeitpunkt der Umfrage ihr gewünschtes Ziel erreicht. Sie gaben an, für die Reise Bus, Bahn oder das eigene Auto benutzt zu haben. Die Mehrzahl der Befragten habe eine Unterkunft in einer Privatunterkunft, die von einer einheimischen Familie (29%) oder von Familienmitgliedern und Freunden (20%) zur Verfügung gestellt worden sei, gesucht. Ein Aufenthalt in einem Aufnahmezentrum war nur die vierthäufigste Antwort (13%). Die Entscheidung, in welchem Land man Schutz sucht, beruhe in erster Linie auf der örtlichen Anwesenheit von Familienangehörigen oder Freunden und auf den Arbeitsmöglichkeiten (50% bzw. 49% aller Befragten gaben dies an). CZR, DEU und GBR seien unter denjenigen, die ihr bevorzugtes Ziel noch nicht erreicht hätten, als die drei Länder ihrer Wahl genannt worden. Von den 2.369 zulässigen Antworten, die zwischen dem 11.04.2022 und dem 07.06.2022 eingingen, seien 96% ukrainische Staatsangehörige, die vor der russischen Invasion im Land lebten, gewesen. Mehr als vier Fünftel der Befragten seien Frauen im Alter zwischen 18 und 44 Jahren, nur 2% seien älter als 65 Jahre. Die meisten der Befragten verfügten über einen hohen

Bildungsgrad. So hätten fast drei Viertel einen Bachelor- oder Master-Abschluss und seien mit ihren minderjährigen Kindern unterwegs gewesen. 77% seien zu Beginn des Konflikts berufstätig gewesen. Neben Ukrainisch seien Russisch und Englisch die am häufigsten gesprochenen Sprachen, mit einigem Abstand gefolgt von Deutsch, Polnisch und Französisch.

<https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-oecd-survey-ukrainians-broadly-satisfied-eus-protection-response-following-russian-invasion>

Rat; Verhandlungsmandate für Eurodac- und Screening-Verordnung gebilligt

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) haben am 22.06.2022 die Verhandlungsmandate des Rates für die Eurodac-Verordnung und die Screening-Verordnung festgelegt. Außerdem haben 21 MS bzw. assoziierte Länder die Annahme einer Solidaritätserklärung bestätigt. Darin ist ein freiwilliger Mechanismus für Solidaritätsbeiträge in Form von Umsiedlungen oder anderen – insbesondere finanziellen – Beiträgen vorgesehen. Dies spiegelt die politische Billigung wider, die auf Ministerebene auf der Tagung des JI-Rates vom 10.06.2022 festgestellt wurde.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/22/migration-and-asylum-pact-council-adopts-negotiating-mandates-on-the-eurodac-and-screening-regulations/>

Frontex; Grundrechtsbeauftragter veröffentlicht Jahresbericht 2021

Der Grundrechtsbeauftragte der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 22.06.2022 seinen Jahresbericht für 2021 veröffentlicht. Der Bericht enthalte einen Überblick über die wichtigsten Beobachtungen und Empfehlungen, die Frontex, dem Exekutivdirektor und dem Verwaltungsrat im Laufe des Jahres vorgelegt worden seien. Die Empfehlungen stützten sich dabei auf eine Vielzahl von Quellen und Instrumenten, darunter die Überwachung vor Ort, Beschwerden und Berichte über schwerwiegende Vorfälle. Der Bericht enthalte zudem eine Aktualisierung der Umsetzung der Grundrechtsstrategie und des dazugehörigen Aktionsplans, die beide im Jahr 2021 angenommen wurden, sowie Aktualisierungen zu den über den Frontex-Beschwerdemechanismus eingegangenen Beschwerden. Der Grundrechtsbeauftragte ist damit beauftragt, die Umsetzung der Grundrechtsverpflichtungen von Frontex im Einklang mit dem EU- und dem Völkerrecht zu überwachen.

[https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/FRO_reports/The_Fundamental Rights Officer Annual Report 2021.pdf](https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/FRO_reports/The_Fundamental_Rights_Officer_Annual_Report_2021.pdf)

Kommission; EU mobilisiert rescEU-Notfallreserven für Ukraine

Die Kommission hat am 27.06.2022 bekanntgegeben, dass sie als Reaktion auf ein Ersuchen der ukrainischen Regierung medizinische Ausrüstung, Schutzausrüstung und Spezialausrüstung zum Einsatz bei Risiken für die öffentliche Gesundheit wie chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen (CBRN) bereitgestellt habe. In diesem Zusammenhang habe sie ihre neuen rescEU-Notfallreserven mobilisiert. Die von der EU gelieferte Ausrüstung umfasse 300 000 Spezialschutzanzüge, 5 600 Liter Dekontaminierungsmittel und 850 Geräte für Dekontaminierungsmaßnahmen. Da Krankenhäuser in der Ukraine dringend medizinische Ausrüstung benötigen, stelle die EU auch Patientenmonitore, Infusionspumpen und Beatmungsgeräte sowie Schutzausrüstung für medizinisches Personal wie Masken und Kittel bereit. Diese Hilfe für die Ukraine im Gesamtfinanzwert von 11,3 Mio. EUR werde aus den Notfallvorräten der EU bereitgestellt, die in ROM, HUN, SWE, DEU, GRI und DNK vorgehalten werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4014

EDSB; Datenschutzbedenken bei neuer Europol-Verordnung

Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) hat am 27.06.2022 Datenschutzbedenken hinsichtlich der reformierten Europol-Verordnung, die am 28.06.2022 in Kraft getreten ist, geäußert. Die geänderte Europol-Verordnung erweitere das Mandat des Europäischen Polizeiamts (Europol) im Hinblick auf den Austausch personenbezogener Daten mit privaten Parteien, den Einsatz künstlicher Intelligenz und die Verarbeitung großer Datensätze erheblich. Europol dürfe nun in bestimmten Fällen große Datensätze verarbeiten, was zu einem erheblichen Anstieg der Menge an personenbezogenen Daten führe, die von der Agentur verarbeitet und gespeichert würden. Infolgedessen würden Daten von Personen, die keine nachgewiesene Verbindung zu einer kriminellen Aktivität haben, auf die gleiche Weise behandelt wie die personenbezogenen Daten von Personen, die eine Verbindung zu einer kriminellen Aktivität haben. Der EDSB bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Ausweitung des Mandats von Europol nicht durch starke Datenschutzgarantien kompensiert worden sei, die eine wirksame Überwachung der neuen Befugnisse der Agentur ermöglichen würden. Die Einführung strenger Garantien sei von entscheidender Bedeutung, da die Auswirkungen der geänderten Verordnung auf den Schutz personenbezogener Daten durch den Umstand noch verstärkt würden, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit hätten, Europol rückwirkend zu ermächtigen, große Datensätze zu verarbeiten, die bereits vor dem Inkrafttreten der geänderten Verordnung an Europol übermittelt wurden. Der EDSB äußert diesbezüglich starke Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser rückwirkenden Genehmigung. Bei der Verarbeitung dieser großen Datensätze über Personen, bei denen keine Verbindung zu einer kriminellen Aktivität nachgewiesen werden kann, sei ein Sachverhalt zu dem der EDSB bereits seine Bedenken geäußert habe. Es handele sich nämlich um dieselben großen Datensätze, bei denen der EDSB Europol am 03.01.2022 zur Löschung aufgefordert habe. Mit der geänderten Verordnung würden die Anordnung des EDSB, diese großen Datensätze zu löschen, daher unwirksam werden.

https://edps.europa.eu/press-publications/press-news/press-releases/2022/amended-europol-regulation-weakens-data_en

Rat; EP; Ratsvorsitz und EP erzielen politische Einigung bei CER-Richtlinie

Die FRA-RP und das EP haben am 28.06.2022 eine politische Einigung über die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (sog. CER-Richtlinie) erzielt. Die Beratungen sollen nun auf Fachebene fortgesetzt werden, um die vorläufige Einigung über den vollständigen Rechtstext zum Abschluss zu bringen. Diese Einigung muss dann vom Rat und vom EP gebilligt werden, bevor das förmliche Annahmeverfahren eingeleitet werden kann. Die CER-Richtlinie zielt darauf ab, die Anfälligkeit kritischer Einrichtungen zu verringern und deren physische Resilienz zu stärken. Der Entwurfstext bezieht sich auf kritische Einrichtungen in einer Reihe von Sektoren wie Energie, Verkehr, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser oder Weltraum. Einige Bestimmungen des Richtlinienentwurfs betreffen auch Zentralstellen der öffentlichen Verwaltung.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/28/eu-resilience-council-presidency-and-european-parliament-reach-political-agreement-to-strengthen-the-resilience-of-critical-entities/>

EUAA; Jahresbericht zur Lage der Asylpolitik in Europa veröffentlicht

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 28.06.2022 ihren Jahresbericht über die europäische Asylpolitik veröffentlicht. Der Bericht untersucht, wie Ereignisse im Jahr 2021 und Anfang 2022 – insbesondere die Übernahme Afghanistans durch die Taliban, die staatlich geförderte Schleusung von Migrantinnen und Migranten aus Belarus und der erste Landkrieg in Europa seit fast 30 Jahren – Europas Reaktion auf

den globalen internationalen Schutzbedarf beeinflusst haben. Kernaussage des Berichts ist, dass die geopolitischen in den Jahren 2021 und Anfang 2022 direkte Auswirkungen auf den internationalen Schutz in Europa und die EU-Reaktion gehabt habe. So hätten im Jahr 2021 rd. 648.000 Personen Anträge auf internationalen Schutz in den Mitgliedstaaten gestellt. Dabei seien Syrer und Afghanen mit 117.000 bzw. 102.000 die beiden größten Antragstellergruppen gewesen. Dies entspräche einem Anstieg um ein Drittel im Vergleich zu 2020 und bewege sich auf dem Niveau der Anträge, die im Jahr 2018 gestellt worden seien. 4% der Anträge seien von unbegleiteten Minderjährigen (23.600) gestellt worden. Dies mache einen Anstieg um zwei Drittel im Vergleich zu 2020 aus. Im Jahr 2021 seien 535.000 erstinstanzliche Entscheidungen getroffen worden, darunter 118.000 zur Zuerkennung des Flüchtlingsstatus und 64.000 zur Gewährung von subsidiärem Schutz. Daraus ergäbe sich eine Anerkennungsquote von 34% in erster Instanz. Unter Berücksichtigung der nationalen Schutzsysteme, steige diese Quote auf rd. 40%. Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Anfang 2022 beschlossen die EU-Innenministerinnen und Innenminister einstimmig, die sog. Richtlinie über vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu aktivieren. Bis heute seien fast 6 Mio. Menschen in die EU geflüchtet, von denen sich nach der jüngsten Analyse der EUAA über 3,4 Mio. für den vorübergehenden Schutz registriert hätten. Darüber hinaus seien nach Angaben des UNHCR fast 2,6 Mio. Menschen in die Ukraine zurückgereist, wobei es sich um eine vorübergehende Rückkehr handeln könnte.

<https://euaa.europa.eu/asylum-report-2022>

EuGH; Inhaftierung von Migrantinnen und Migranten in LIT aufgrund eines Massenzustroms rechtswidrig

In dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-72/22 PPU hat der EuGH am 30.06.2022 entschieden, dass LIT Migrantinnen und Migranten nicht allein wegen ihrer illegalen Einreise hätte verhaften dürfen. Der illegale Aufenthalt in einem Land reiche als Haftgrund nicht aus. Die litauische Begründung, dass durch die hohe Migrantenzahl die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gestört werde, sei nicht ausreichend. Eine Inhaftierung sei nur dann zu rechtfertigen, wenn das Verhalten eines Asylbewerbers bzw. einer Asylbewerberin eine Bedrohung für die innere oder äußere Sicherheit darstelle. Auch in Notsituationen sei es rechtswidrig, ihnen wegen ihres illegalen Aufenthalts das Recht zu verweigern, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=261930&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=13292756>

Europol; Reformierte Europol-Verordnung tritt in Kraft

Am 28.06.2022 ist die geänderte Europol-Verordnung in Kraft getreten. Sie soll das Europäische Polizeiamt (Europol) besser in die Lage zu versetzen, die Mitgliedstaaten (MS) bei der Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität und Terrorismus zu unterstützen. Die reformierte Europol-Verordnung sieht insbesondere Änderungen bei der Unterstützung von strafrechtlichen Ermittlungen, im Bereich Forschung und Innovation, der Zusammenarbeit mit privaten Stellen, der Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) sowie der Möglichkeit Ermittlungen in nur einem Mitgliedstaat zu übernehmen vor. Konkret werde Europol künftig in der Lage sein, personenbezogene Daten ohne die Kategorisierung der betroffenen Person zu verarbeiten, solange und wann immer dies für die Unterstützung einer spezifischen laufenden strafrechtlichen Ermittlung erforderlich sei. Auch enthält die Verordnung nunmehr eine ausdrückliche Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu Forschungs- und Innovationszwecken. Auch führt die

neue Europol-Verordnung Regeln für die Zusammenarbeit mit privaten Parteien im Zusammenhang mit Online-Krisensituationen und der Online-Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch. Im Zusammenhang mit dem SIS werde Europol durch den neuen Rechtsrahmen in der Lage sein, MS bei der Verarbeitung der von Drittländern oder internationalen Organisationen übermittelten Daten zu unterstützen. Es kann den MS zudem vorschlagen, Informationsausschreibungen in das SIS einzugeben. Weiterhin kann der Exekutivdirektor von Europol vorschlagen, eine nationale Ermittlung zu einer bestimmten Straftat einzuleiten, die nur einen MS betrifft, aber ein gemeinsames Interesse im Rahmen einer Unionspolitik berührt. Es obliege dann den nationalen Behörden zu entscheiden, ob sie diesem Ersuchen nachkommen wollen oder nicht. Schließlich wird durch die Reform ein Grundrechtsbeauftragter bei Europol eingeführt.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/europols-amended-regulation-enters-force>

Bildung und Kultur

Kommission; Vorschlag zu einer Ratsempfehlung über Wege zum Schulerfolg

Die Kommission hat am 30.06.2022 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rats über Wege zum Schulerfolg veröffentlicht. Darin werden eine Reihe konkreter politischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs und der geringen Leistungen bei den Grundfertigkeiten (Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften) von 15-Jährigen, insbesondere von solchen aus benachteiligten Verhältnissen, vorgestellt. Mit den Maßnahmen sollen die besonderen Bedürfnisse der Lernenden, der Lehrer und Ausbilder, der Schulen und der Bildungssysteme adressiert werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Prävention und Frühintervention bei schlechten schulischen Leistungen. Aufgerufen wird auch dazu, dem Wohlbefinden in der Schule mehr Aufmerksamkeit zu schenken, da es sich stark auf die Bildungsergebnisse auswirkt und eine Schlüsselkomponente für den schulischen Erfolg ist. Hintergrund ist, dass die europäischen Schulsysteme in den letzten Jahren mit schwierigen Situationen konfrontiert waren, unter anderem mit der COVID-19-Pandemie. Die jüngsten PISA-Ergebnisse aus der Zeit vor der Pandemie (2018) hatten bereits gezeigt, dass jeder fünfte 15-jährige Europäer keine ausreichenden Kompetenzen in den Bereichen Lesen, Mathematik oder Naturwissenschaften hat. Zudem sei das Problem des Mobbing und Cybermobbing weit verbreitet. Die Schließung von Schulen und Universitäten aufgrund der Pandemie habe zu weiteren erheblichen Lernverlusten bei Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden geführt. Es sei erwiesen, dass Schülerinnen und Schüler mit einem benachteiligten sozioökonomischen Hintergrund am stärksten von solchen Problemen betroffen sind. Die Kommission will u.a. berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten für Bildungspersonal und andere Partner durch Erasmus+-Projekte und Personalaustausch sowie durch Erasmus+-Lehrerakademien und durch die EU-Online-Plattformen, einschließlich der neuen Europäischen Schulbildungsplattform und eTwinning, unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4200

Kommission; Vorlage Bericht EU-Kulturpolitik 2019-2022

Am 29.06.2022 hat die Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission einen Bericht über den Arbeitsplan für Kultur der Jahre 2019-22 vorgelegt. Dieser zieht eine positive Bilanz über die Umsetzung des EU-Arbeitsplans. Die Erholung des Kultursektors, die Auswirkungen des Klimawandels, die Rolle der Kultur für den gesellschaftlichen Wandel und das Wohlergehen sowie die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern gehören zu den vorgeschlagenen künftigen Prioritäten. In

dem Bericht wird betont, dass u.a. folgende Prioritäten weiterverfolgt werden sollen: Die Beziehung zwischen Kultur und Nachhaltigkeit, Klimawandel und die Umwelt, Arbeits- und Sozialbedingungen sowie die Resilienz von Kultur- und Kreativschaffenden und die Gleichstellung der Geschlechter. Neue künftige Prioritäten sollen u.a. die Ausweitung des Zugangs zu Kultur und Kreativität für Menschen mit Behinderungen sowie Kultur, Demokratie und kulturelle Rechte im Zusammenhang mit Bildung sein. Der Bericht der Kommission legt insgesamt nahe, dass Kultur eine noch bedeutendere Rolle verdiene. Die Komplexität der heutigen Herausforderungen im Kulturbereich, die durch den Klimawandel, die Digitalisierung und den Krieg in der Ukraine noch verschärft werden, mache einen stärker integrierten EU-Rahmen für die Kooperation im Kulturbereich noch wichtiger.

<https://culture.ec.europa.eu/news/commission-assesses-current-cultural-policy-cooperation-and-proposes-new-priorities>

V e r a n s t a l t u n g e n

Jahresempfang der European Women Lawyers Association (EWLA)

Am 20.06.2022 fand der Jahresempfang der European Women Lawyers Association (EWLA) in der Hessischen Landesvertretung statt. EWLA-Vizepräsidentin Susanne Hirschberg begrüßte die mehr als 70 geladenen Gäste aus den EU-Institutionen, Verbänden und Kanzleien. Mitglied bei EWLA sind sowohl Rechtsanwältinnen aus europäischen Ländern als auch Verbände wie z.B. der Deutsche Juristinnenbund und die französische Juristinnenvereinigung („Association Française des Femmes Juristes“). Susanne Hirschberg erinnerte an das EWLA-Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ und zeigte sich erfreut über die jüngst erfolgte Einigung von EP und Rat auf die EU-Führungspositionen-Richtlinie (sog. Women on Boards-Richtlinie). MdEP Gabriele Bischoff (S&D/DEU) widmete ihre Ansprache der Konferenz zur Zukunft Europas. Die Zukunftskonferenz sei ein großartiges Projekt, um die Union demokratischer zu machen. Nun gehe es darum, ihre Vorschläge umzusetzen. Das EP setze sich für eine Änderung der Verträge ein und fordere einen Konvent. Sie forderte die EWLA-Mitglieder auf, ihre Expertise in die Ausarbeitung der Vertragsänderungen einzubringen. MdEP Bischoff sprach sich für eine weitere Stärkung der Gleichberechtigung aus, insbesondere auch mit Blick auf die Besetzung der Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze in den EP-Ausschüssen. Hier sei man noch nicht am Ziel. Besorgt zeigte sie sich angesichts der während der Pandemie eingetretenen Rückschritte bei der Gleichberechtigung und dem Rückfall in alte Rollenmuster. Nun gehe es darum, die Barcelona-Ziele für die Kinderbetreuung, die der Europäische Rat 2002 angenommen hat, wieder zu beleben und zu aktualisieren. Hier sei jetzt die Kommission gefragt.

10 Jahre Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain

Im Rahmen einer mehrtägigen Informationsreise von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Gemeindevertretern aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain fand am 21.06.2022 der festliche Empfang anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain in der Hessischen Landesvertretung statt. Eingeladen hatte die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, gemeinsam mit Rouven Kötter, Erster Beigeordneter des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain und Kommissionsvorsitzender des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Der Hessische Europastaatssekretär, Uwe Becker, der 2011 als Frankfurter Bürgermeister selbst aktiv am Aufbau des Europabüros beteiligt war, verglich in seiner Ansprache die Funktion des Europabüros mit einem Seismografen für die

Metropolregion, der anstehende Veränderungen schnell aus Brüssel nach Frankfurt weiterleitet. „Denn wenn in Brüssel etwas zu Flughäfen, im Bereich der Finanzwirtschaft, zur Zukunft der Mobilität oder Energiepolitik entschieden wird, kann das FrankfurtRheinMain ins Mark treffen. Es ist deshalb wichtig, eigene Augen, Ohren und Stimme in Brüssel zu haben und damit auch die Grundlagen für die Einbindung der Region in europäische Klimaschutz- oder Mobilitätsstrategien zu legen“, sagte Becker. Rouven Kötter gab in seiner Rede einen Einblick auf die vergangenen zehn Jahre Europabüro der Metropolregion. „Die Arbeit des Europabüros hat die Rolle der Metropolregionen als Motoren in der Europäischen Union gestärkt,“ davon ist Kötter überzeugt. „Wichtig sind Netzwerkarbeit, Fördermittelwerbung und die europäische Zusammenarbeit.“ „Wenngleich die Einrichtung eines Europabüros zunächst politisch umstritten war, ist es heute als Schnittstelle für die Europaarbeit in der Region und als unsere Stimme auf dem Brüsseler Parkett nicht mehr wegzudenken“, beschreibt Kötter die Entwicklung des Büros in Brüssel. Im Rahmen der Informationsreise der Metropolregion FrankfurtRheinMain fand unter anderem ein intensiver Gedankenaustausch mit Europastaatssekretär Uwe Becker statt. Es ging unter anderem um die Bewerbung Frankfurt am Main für den Sitz der neuen EU-Behörde zur Geldwäschebekämpfung (AMLA) sowie die Vollendung der Bankenunion. Weitere Themen waren der Brexit, die Transeuropäischen Netze, Verkehr sowie die Aggression Russlands gegen die Ukraine und deren Folgen für die EU-Energiepolitik und die Ernährungssicherheit weltweit. Zudem fand u.a. ein Gespräch mit der Kommission zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik ab 2021 sowie ein Austausch mit zwei Vertretern des Ausschusses der Regionen zu aktuellen Schwerpunktthemen statt.

Gespräche von StS Uwe Becker in Brüssel

Im Mittelpunkt der Gespräche von Europastaatssekretär Uwe Becker während seines Brüssel-Aufenthalts am 21./22.06.2022 stand die Bewerbung Frankfurts für den Sitz der neuen EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA). Dazu traf StS Becker den zuständigen Berichterstatter im LIBE-Ausschuss MdEP Emil Radev (EVP/BUL) sowie MdEP Lena Düpont (EVP/DEU). Zudem besprach StS Becker diese Thematik mit MdEP Dr. Joachim Schuster (S&D/DEU), der Mitglied im ECON-Ausschuss ist. Mit Vertretern der deutschen EU-Finanzdienstleistungsbranche in Brüssel traf der Hessische Europastaatssekretär zu einem Gedankenaustausch in der Hessischen Landesvertretung zusammen. Zudem empfing StS Becker die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsreise der Landräte, Bürgermeister und Gemeindevertreter aus der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main zu einem Gespräch über hessische Europapolitik in Brüssel.

Gedankenaustausch zu Finanzdienstleistungsthemen

Am 22.06.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung des Hessischen Staatssekretärs für Europaangelegenheiten Uwe Becker ein Gedankenaustausch mit Vertretern der Finanzdienstleistungsbranche in Brüssel statt. Staatssekretär Becker dankte für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Finanzindustrie. Davon profitiere auch die Weiterentwicklung und Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt, die im gemeinsamen Miteinander am besten gelänge. Des Weiteren diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die aktuellen Dossiers zu der Umsetzung von Basel III, Solvency II und zur Frage, wie eine weitere Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt vorangetrieben werden kann.

Präsentation des Landes- und Bundeswettbewerbs Jugend forscht

Nach einer zweijährigen, Corona-bedingten Pause hatte die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, am 23.06.2022 erstmals wieder

zu einer Präsenzveranstaltung zum Landes- und Bundeswettbewerb Jugend forscht in die Hessische Landesvertretung in Brüssel eingeladen. In ihrem Grußwort beglückwünschte Sabine Henzler, Direktorin in der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission, die Schülerinnen und Schüler zu ihrem Erfolg und erinnerte daran, wie wichtig es sei, junge Forschertalente bereits früh zu fördern und an den Wissenschaftsbetrieb heranzuführen. Brigitte Hirschler, Referatsleiterin Stiftungen und Wettbewerbe im Hessischen Kultusministerium, führte anschließend in den diesjährigen Wettbewerb ein. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen seien der Forscherdrang und die Neugier der Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf Landes- und Bundesebene ungebrochen gewesen. Davon zeugte auch die anschließende Vorstellung von sieben Projekten, von denen vier auf dem Hessischen Landeswettbewerb und drei weitere auf dem Bundeswettbewerb ausgewählt worden waren. Den Anfang machten Maximilian Pfannkuch (19), Jaro Filip (19) und Dominik Hein (19) von der Ludwig-Geißler-Schule in Hanau. Angeregt durch die Corona-Pandemie entwickelten die Jungforscher ein Gerät, das die Raumluft mit dem Licht von LEDs desinfiziert. Bosko van Andel (19) und Benedikt Leonard Kayser (18) von der Martin-Luther-Schule Marburg beschäftigten sich mit der Ausbreitung von Corona-Viren und entwickelten eine aufwendige Computersimulation, die im Verlauf der Pandemie wertvolle Erkenntnisse lieferte. Annika Isabelle Peter (17) vom SchülerForschungsZentrum Nordhessen, Kassel, verfolgte mit ihrem Projekt das Ziel, eine CO2-Filteranlage zu entwickeln, welche mithilfe von Algen CO2 fixiert. Der jüngste Teilnehmer vom Wettbewerb Schüler experimentieren war Noam Brede (14), ebenfalls vom SchülerForschungsZentrum Nordhessen in Kassel. Unter dem Titel „Maskiert musizieren statt verstecken vor Viren“ entwickelte er mithilfe eines kleinporigen Baumwollgewebes eine Corona-Schutz-Maske für Blechbläser. Janine Jorke (18) vom Sächsischen Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen (Sachsen) konnte mithilfe der Raman-Spektroskopie nachweisen, dass historische Sturmgläser nicht für die Wetterprognose taugten. Nele Drüner (16) vom Johannes-Althusius-Gymnasium in Emden (Niedersachsen) stellte bei der Untersuchung von weißen LED fest, dass viel kleinere Farbtemperaturschritte zwischen Warmweiß und Kaltweiß möglich sind, als sie bei handelsüblichen LEDs zu finden sind. Schließlich stellten Chris Julian Erdmann (19) und Finja Alpert (17) vom Winckelmann-Gymnasium, Stendal (Sachsen-Anhalt) einen von ihnen entwickelten Raffstore vor, der in ausgefahrenem Zustand Solarstrom erzeugt, und durch den sich der Strombedarf bestimmter Niedrigenergiehäuser zu einem großen Teil decken lassen sollte. Beim anschließenden Empfang standen die Jungforscherinnen und Jungforscher den Gästen an Projektständen für Gespräche zur Verfügung.

Brüssel-Besuch der Hessischen CDU MdB

Die Landesgruppe Hessen der CDU/CSU Bundestagsfraktion hielt sich unter Leitung ihres Vorsitzenden Michael Brand, MdB am 28./29.06.2022 zu Gesprächen in Brüssel auf. Im NATO Hauptquartier trafen die MdB mit Brigadegeneral Andreas Durst, stellv. deutscher militärischer Vertreter im NATO Militärausschuss und Chef des Stabes sowie Carolin Thielking, Abteilungsleiterin Politik der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO zusammen. Zu einem Gedankenaustausch traf die Gruppe Vertreter von EVP-Parteien aus den Benelux-Ländern im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung. In der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU wurden die Bundestagsabgeordneten von Botschafter Michael Clauß, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der EU zu einem Gespräch über aktuelle Fragen der EU-Politik empfangen. Ferner trafen die Abgeordneten in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU Klaus Welle, Generalsekretär des Europäischen Parlaments und Michael Hager, Kabinettschef des Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis. Im

Europäischen Parlament wurden die MdB von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments empfangen. Ferner traf die Delegation den Fraktionsvorsitzenden der EVP im Europäischen Parlament Manfred Weber (EVP/DEU) sowie die hessischen MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU). Mit dem Hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker erörterten die Abgeordneten die aktuellen Fragen der EU-Politik aus hessischer Sicht.

Digital Leaders Roundtable am 29.06.2022: „Data Sovereignty for Tomorrow“

Auf Einladung der Staatsministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Prof. Dr. Kristina Sinemus, und Europaministerin Lucia Puttrich fand am 29.06.2022 der Digital Leaders Roundtable zu dem Thema „Data Sovereignty for Tomorrow“ statt. Es handelte sich um die vierte Veranstaltung der Reihe „Digital Leaders Roundtable“, die EU-Entscheidungsträger und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Prof. Sinemus wies auf die hessische Digitalstrategie und den Anspruch, die digitale Zukunft gemeinsam konsensual zu gestalten, hin. Daten seien von entscheidender Bedeutung für Technologien wie Künstliche Intelligenz, die – z.B. in der Medizin – den Menschen bedeutenden Nutzen bringen können. Gerade in sensiblen Bereichen wie Gesundheit und Finanzen sei aber die Governance der Datenräume wichtig. Die interdisziplinäre Arbeit des Hessischen Zentrums verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI) und der ZEVEDI-Projektgruppe „Datensouveränität: ein Leitparadigma der digitalen Gesellschaft?“ könne hier wertvolle Beiträge leisten. Prof. Dr. Steffen Augsburg, Justus-Liebig-Universität Gießen, betonte in seinem Impuls, dass die Datensouveränität den klassischen Datenschutz nicht in Frage stelle, sondern diesen vielmehr aktualisiere. Freiheit in diesem Zusammenhang sei nicht nur negativ, sondern auch positiv, z.B. hinsichtlich der ökonomischen Verwertung. Prof. Dr. Petra Gehring, TU Darmstadt, knüpfte hieran an und wies darauf hin, dass der Begriff Datensouveränität politisch aufgeladen sei. Sie sprach sich dafür aus, offen über das Thema zu diskutieren und sich damit zu befassen, wieviel Kommerzialisierung bei Daten gewünscht ist. In der anschließenden Podiumsdiskussion warnte MdEP Axel Voss (EVP/DEU) davor, dass Europa nicht „in Schönheit sterben“ sollte. Der Umgang mit den Daten sei auch eine Frage des Überlebens in der digitalen Welt. Man dürfe sich nicht immer auf den Datenschutz konzentrieren. Ben Brake, Abteilungsleiter für Digital- und Datenpolitik, Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), entgegnete darauf, man brauche mehr Rationalität in der Debatte. Die zunehmend erhobene Forderung nach mehr „Datenrealpolitik“ sei ein interessanter Ansatz. Man dürfe nicht nur die Risiken antizipieren, sondern müsse auch die Chancen sehen. Lucrezia Busa, Kabinett des Justizkommissars Didier Reynders, Kommission, erklärte, dass eine Revision der Datenschutzgrundverordnung nicht geplant sei, die Kommission sich aber damit befasse, wie sie besser umgesetzt werden könne. Der Rahmen sei flexibel genug, um Lösungen für die neuen Herausforderungen der Datenwirtschaft zu schaffen. Die Veranstaltung wurde moderiert von Silke Wettach, Wirtschaftswoche.

Veranstaltung in der Reihe Crisis Talks „Wirtschafts- und Währungsunion in Krisenzeiten“

Am 29.06.2022 lud die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, gemeinsam mit dem Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ sowie dem Forschungsverband „Normative Ordnungen – Goethe Universität Frankfurt“ zu einer Veranstaltung in der Reihe Crisis Talks mit dem Titel „Wirtschafts- und Währungsunion in Krisenzeiten“ ein. Europastaatssekretär Uwe Becker unterstrich, dass die WWU darauf abziele, durch geeignete wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie ein hohes

Beschäftigungsniveau zu fördern. Er hob hervor, dass es bei der anstehenden Reformdebatte letztlich nicht darum gehen dürfe, an dem Grundgerüst des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu rütteln. Dr. Stefan Kroll, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/Goethe Universität Frankfurt am Main, hob hervor, dass Krisenforscher sich für die Spannung zwischen dem Begriff der Ausnahmenregelung und Reformen interessierten. Es gehe um die Frage, wie aus Ausnahmen Reformen hervorgehen können, welche Kriterien es dafür gäbe und wie das Ganze evaluiert werden könne. Prof. Dr. Koetter, Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) betonte, dass es gegenwärtig um eine Gemengelage von überlagerten Krisen gehe und es keine Krise der WWU sei. Es gäbe geopolitische Instabilitäten, auch seien die Auswirkungen des Angriffskriegs auf die Ukraine noch nicht final abzuschätzen. Die Jahrhundertsaufgabe sei es, Europas Ökonomie unter Nachhaltigkeitskriterien zu transformieren. In der anschließenden Podiumsdiskussion erklärte Michael Hager, Kabinettschef von Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Valdis Dombrovskis, dass die Funktionstüchtigkeit des Stabilitätspakts überprüft werde. Die Kommission habe im letzten Papier vor der Covid-19-Krise aufgezeigt, wo Defizite und strukturelle Schwächen seien. Jetzt habe sie die Debatte wiederaufgenommen und werde im Herbst ein neues Papier vorlegen und die Divergenz der Meinungen zusammenführen. Darin sollen insbesondere neue Elemente beachtet werden, die die Covid-19-Krise eingebracht habe. Koetter plädierte dafür, die Märkte und Marktmechanismen innerhalb klarer Regeln zu stärken und betonte dabei die Rolle des Souveräns. MdEP Siegfried Mureşan (EVP/ROM) warb für ein Regelwerk, das in guten und auch in Krisenzeiten funktioniere. In jedem Falle müsse Haushaltsdisziplin weitergelten. MdEP Dr. Joachim Schuster (S&D/DEU) betonte, dass seiner Ansicht nach keine Vertragsänderungen notwendig seien. Möglich seien in seinen Augen Notmaßnahmen, die ähnlich aufgelegt werden könnten wie der Corona-Fonds, der auch ohne Vertragsänderungen beschlossen wurden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Silke Wettach von der Wirtschaftswoche.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

11.07.2022	Euro-Gruppe
12.07.2022	Rat für Wirtschaft und Finanzen

Europäische Kommission

05.07.2022	Eine neue europäische Innovationsagenda
13.07.2022	Bericht zur Rechtsstaatlichkeit 2022

Europäisches Parlament

EP-Plenarsitzung 04.-07.07.2022

- Gesetz über digitale Dienste
- Gesetz über digitale Märkte

- Einführung des Euro in Kroatien am 1. Januar 2023
- Frauenarmut in Europa
- Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der EU und Interpol
- Strategie für den indopazifischen Raum in den Bereichen Handel und Investitionen
- Die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien in den Bereichen Handel und Investitionen
- Gemeinsame europäische Maßnahmen im Bereich Pflege und Betreuung
- Geistige Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt
- Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Griechenlands, Kyriakos Mitsotakis
- Änderungsanträge zu der Eigenkapitalverordnung im Bereich der Abwicklung („Beteiligungsketten-Ansatz“)
- Bankenunion – Jahresbericht 2021
- Ehrgeizigere Ziele der EU im Bereich der biologischen Vielfalt im Vorfeld der COP 15
- Das Cotonou-Nachfolgeabkommen - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Bericht 2021 über Bosnien und Herzegowina
- Bericht 2021 über Serbien
- Bericht 2021 über das Kosovo
- Die EU und die Verteidigung des Multilateralismus
- Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des tschechischen Ratsvorsitzes - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 23./24. Juni 2022 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Gemeinsame Aussprache - Europäische Investitionsbank
- Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2021
- Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2020
- Einwand gemäß Artikel 111 Absatz 3 GO: Änderung des delegierten Rechtsakts zur Klimataxonomie und des delegierten Rechtsakts zur Offenlegung der Taxonomie
- Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2020
- Der EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft
- Nachhaltiger Flugkraftstoff (Initiative „ReFuelEU Aviation“)
- Bessere Rechtsetzung: Mit vereinten Kräften für bessere Rechtsvorschriften
- Krise der Lebenshaltungskosten in Zeiten steigender Energiepreise und Inflation
- Verbindungen zwischen extremistischen EU-Parteien und Russland

- Nationale Vetos gegen globales Steuerabkommen
- Erleichterung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine - Debatte am 05.07.2022 (Abstimmung 06.07.2022).
- Brexit: Debatte über Entwicklungen in Nordirland
- Besteuerung von unerwarteten Gewinnen der Energieunternehmen
- Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, das Recht auf Abtreibung in den Vereinigten Staaten zu kippen und die Notwendigkeit des Schutzes des Rechts auf Abtreibung und der Gesundheit von Frauen in der EU
- Gewalt und unmenschliche Behandlung von Asylbewerbern an der Grenze zwischen Spanien und Marokko
- Spezifische Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen des militärischen Angriffs Russlands gegen die Ukraine auf die Fischereitätigkeiten und zur Abfederung der Folgen der durch diesen militärischen Angriff verursachten Marktstörungen für die Lieferkette von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen
- Vorübergehende Liberalisierung des Handels zwischen der EU und Moldau
- Jüngste Hitzewelle und Trockenheit in der EU
- Entwicklung einer Strategie der EU für den Radverkehr

Ausschuss der Regionen

08.07.2022	ECON-Fachkommissionssitzung Digitaler Zusammenhalt (Abstimmung) Europäisches Chip-Gesetz zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Abstimmung) Schutz geografischer Angaben für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse in der Europäischen Union (Neufassung) (Abstimmung)
11./12.07.2022	COTER-Fachkommissionssitzung Auf dem Weg zu einer makroregionalen Strategie für den Mittelmeerraum (Abstimmung) Beitrag des AdR zum achten Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (Abstimmung) Kleinstädtische Gebiete als Schlüsselakteure für einen gerechten Übergang (Abstimmung) Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) (Abstimmung) Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität (Abstimmung) Die nächste Generation von Eigenmitteln für den EU-Haushalt (Abstimmung)

15.07.2022 ENVE-Fachkommissionssitzung
Energiepaket für Gas-, Wasserstoff- und
Methanemissionen (Abstimmung)
Auf dem Weg zu einer strukturellen Einbeziehung der
Städte und Regionen in die Klimakonferenz der Vereinten
Nationen (UNFCCC COP27) (Abstimmung)
EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien
(Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

05.07.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große
Kammer) in der Rechtssache C-470/21 La Quadrature du
Net u.a.
(Personenbezogene Daten und Bekämpfung von
Urheberrechtsverletzungen)
Erhebung der Identitätsdaten zu IP-Adressen

07.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-576/20
Pensionsversicherungsanstalt (Im Ausland zurückgelegte
Kindererziehungszeiten)
Berücksichtigung in anderen Mitgliedstaaten zurückgelegter
Kindererziehungszeiten

07.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen
C-257/21 und C-258/21 Coca-Cola European Partners DEU
Verschieden hohe Zuschläge bei regelmäßiger und
unregelmäßiger Nachtarbeit

07.07.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-372/21 Freikirche der Siebenten-Tags-
Adventisten in DEU
Subventionierung konfessionell geführter Schulen

07.07.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-83/21 Airbnb Ireland und Airbnb Payments
UK
Steuerrechtliche Pflichten bei Vermittlung von Kurzzeitmiete
in ITL

11.07.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große
Kammer) in der Rechtssache C-124/21 P International
Skating Union / Kommission
Wettbewerbsrecht – Regeln der Internationalen
Eislaufunion

- 11.07.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-333/21 European Superleague Company
Gründung der European Super League
- 12.07.2022 Fortsetzung der gestrigen mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-333/21 European Superleague Company
- 14.07.2022 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtssachen C-128/20 GSMB Invest, C-134/20 Volkswagen und C-145/20 Porsche Inter Auto und Volkswagen
Thermofenster bei Software-Update für Dieselfahrzeuge
- 14.07.2022 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-59/18 Italien / und C-182/18 Comune di Milano / Rat sowie in den verbundenen Rechtssachen C-106/19 ITL / und C-232/19 Comune di Milano / Parlament und Rat
Verlegung des Sitzes der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) nach Amsterdam
- 14.07.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-743/19 Parlament / Rat
Festlegung des Sitzes der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) in Bratislava
- 14.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-159/20 Kommission / Dänemark (AOP Feta)
Umfang des Schutzes der geschützten Ursprungsbezeichnung Feta
- 14.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-110/21 P Universität Bremen / REA
Prozessvertretung vor den Unionsgerichten durch Hochschullehrer
- 14.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-168/21 Procureur général près la cour d'appel d'Angers
Europäischer Haftbefehl – Bedingung der beiderseitigen Strafbarkeit
- 14.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-572/21 CC
(Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts in einen Drittstaat)
Gerichtliche Zuständigkeit für Sorgerechtsstreit
- 14.07.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-500/20 ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft
Haftung für Leasingkosten für Ersatzlok nach Entgleisung

- 14.07.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-158/21 Puig Gordi u.a.
Vollstreckung Europäischer Haftbefehle gegen Carles Puigdemont u.a
- 14.07.2022 Schlussanträge der Generalwältin am Gerichtshof in den beiden Rechtsmittelsachen C-176/19 P Kommission / Servier u.a. und C-201/19 P Servier u.a. / Kommission
Wettbewerbsverstöße im Zusammenhang mit dem Medikament Perindopril
- 14.07.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-237/21 Generalstaatsanwaltschaft München (Ersuchen um Auslieferung nach Bosnien-Herzegowina)
Schutz für EU-Bürger vor Auslieferung an einen Drittstaat
- 14.07.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-311/21 TimePartner Personalmanagement
Vergütung von Leiharbeitnehmern im Vergleich zu Stammarbeitnehmern

Europäisches Gericht

- 06.07.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-478/21 Les Éditions
P. Amaury / EUIPO - Golden Balls (BALLON D'OR)
Markenstreit um „Ballon d'Or
- 06.07.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-388/19
Puigdemont i Casamajó und Comín i Oliveres / Parlament
Wahlen zum Europäischen Parlament vom 26.05.2019
- 11.07.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-34/21 Ryanair / Kommission und T-87/21 Condor Flugdienst / Kommission (Lufthansa; Covid-19)
Beihilfe DEU für Lufthansa angesichts der Covid-19-Krise
- 13.07.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-227/21 Illumina / Kommission
Übernahme von GRAIL durch Illumina

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 15.07.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

